

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn beträgt 20.— Mk., bei Selbstabholung 18.— Mk. — Preis der Einzelnummer 1.— Mk. — Telefon für Kontor und Expedition: Nr. 22721 und Nr. 24596
Postcheckkonto Nr. 53477 :: :: Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 24596

Inseratenpreise: Die Sechspaltige Kolonelle oder deren Raum 6.— Mk. bei Platzvorrat 7.20 Mk.; Familienanzeigen, die Sechspaltige Zeile 4.50 Mk. Reklame-Kolonelle 24.— Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 22721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Neue Schwierigkeiten in Genua.

Die Konferenz von Genua baumelt aus einem Konflikt in den andern. Vorgestern warf Poincaré mit seiner Rede in Bar-le-Duc Sprengpulver in die Reihen der Delegationen. In den Kommissionen der Konferenz wurde inzwischen unermüdlich weitergearbeitet, und es scheint, als wenn man in der Lösung der wirtschaftlichen Fragen einander nähertäme.

Das Hauptaugenmerk der Konferenz ist indes noch immer auf die russische Frage gerichtet. Die Russen zeigen sich auf der einen Seite bereit, außerordentliche Konzessionen zu machen, während sie andererseits durch immer neue Forderungen die Lösung der russischen Frage erschweren. Bereits die vorletzte Sitzung hatte mit einem Verlassen der französischen Teilnehmer der Kommission geendet. Und auch die gestrige Zusammenkunft des Sachverständigenkomitees hat einen ähnlichen Ausgang genommen. Grundlage der Besprechungen ist der erste Teil des Londoner Memorandums, über dessen Wortlaut bisher in der Presse nur wenig bekannt geworden ist. Gestern verlangte die französische Delegation von den Russen, sie sollten sich bei der Besprechung der einzelnen Punkte zu den im Memorandum gestellten Bedingungen einverstanden erklären. Dagegen erhob die russische Delegation Einspruch und behielt sich das Recht vor, zu jedem der Punkte Vorschläge zu machen. Dieses Recht wurde ihnen vom Vorsitzenden der Konferenz eingeräumt. Als indes die Diskussion nach Auffassung der Kommission zu weitauf sich wurde, sollten sich die russischen Vertreter erklären, ob für sie die zur Diskussion stehenden Londoner Punkte annehmbar seien oder nicht. Im ersten Artikel ist von der Verpflichtung Russlands, die Vorkriegsschulden anzuerkennen, die Rede. In den folgenden Artikeln werden von der russischen Regierung Schadenersatzleistungen für die durch die Sozialisierung in Rußland geschädigten Ausländer gefordert. In den Punkten 6 und 7 wird vorgeschlagen, eine Kommission einzusetzen, die die Höhe der zu leistenden Entschädigungen festsetzen soll. Nach Artikel 7 sollen die Guthaben der früheren russischen Regierung bei ausländischen Banken weiter bestehen und zur Verminderung der Gesamtsumme der russischen Vorkriegsschulden benutzt werden.

Die Diskussion über diese sieben Artikel zeitigte keinerlei positive Resultate, so daß sich die Kommission bis auf weiteres vertagte. Von Seiten der italienischen Delegation wird offiziell erklärt, daß der Abschluß dieser Sitzung zu keinerlei pessimistischen Auffassungen berechtige. Es ist zweifellos, daß es in der Sitzung wieder scharfe Auseinandersetzungen mit dem französischen Vertreter Soudouz gegeben hat. Inwieweit dadurch das weitere Zusammenarbeiten zwischen den Delegationen gefährdet wird, läßt sich zur Zeit nur schwer erkennen.

Die Gegenvor schläge, die von der russischen Delegation gemacht wurden, haben folgenden Inhalt:

1. Die Forderung nach sofortiger finanzieller Hilfe wird gleichzeitig mit der Forderung nach Anerkennung der Sowjetregierung aufrechterhalten.
2. Die russische Regierung erklärt sich bereit, die Zorenschulden bis zum Jahre 1914 zu bezahlen, jedoch nur alle diejenigen Obligationen einzulösen, die vor dem März 1917 in rechtmäßiger Weise waren. Ausgeschlossen sind dabei alle diejenigen Staaten, die mit Rußland zur Zeit noch territoriale Fragen zu lösen haben. Ferner müßte Artikel 1 des Londoner Memorials der politischen Kommission zur Prüfung vorgelegt werden.
3. Die russische Regierung garantiert die von den totalen Werten im Auslande eingegangenen Verpflichtungen, jedoch auch alle diese nur bis 1917.
4. Unter gewissen Einschränkungen werden die Fremden in Rußland wieder in die Ruhelegung ihrer naturalkonfiskierten Güter eingesetzt.
5. Die Zinsen und die Amortisationsleistungen für jede Art von Verpflichtungen, wie sie im Artikel 1 und 3 des Londoner Memorials aufgeführt sind, werden annulliert.
6. Die Mächte müssen sich ihrerseits bereit erklären,
 - a) Der Sowjetregierung alles im Auslande liegende Eigentum zurückzuerstatten, zum Beispiel Juwelen, Immobilien, Schiffe usw.
 - b) alle Verpflichtungen ihrer Staatsangehörigen gegen die russische Sowjetrepublik zu decken.
7. Die russische Regierung wird mit ihren Zahlungen nach Punkt 2, 3 und 4 zu einem noch zu vereinbarenden Zeitpunkt nach der Unterzeichnung des Vertrages beginnen.

Ultimatum an Rußland?

Paris, 26. April. (TU.) Aus Genua wird unter dem 25. April gemeldet, daß die Alliierten ein Ultimatum an Rußland beschlossen haben. Die Alliierten verhandeln am Dienstag über dessen Text. Das Ultimatum soll Dienstagabend oder Mittwoch früh übergeben werden. Die Russen werden 48 Stunden Zeit haben, um ihre Antwort auf die politischen Bedingungen abzugeben.

Das bisherige Ergebnis der Konferenz.

Genua, 25. April. Durch die Rede Poincarés und durch die Zwischenfälle in der Russenkommission sind die Schwierigkeiten innerhalb der Konferenz wieder erheblich scharfer geworden. Daß die Verhandlungen mit den Russen sich nicht so leicht abwickeln werden, hat man gewiß nicht erwartet; aber nach den letzten Ereignissen kann ihr weiterer Fortgang und ihr Ende schwer vorhergesehen werden. Von einem gemeinsamen europäischen Vorgehen zur Wiederherstellung normaler Verhältnisse, welches das fruchtbarste Ergebnis der Konferenz sein sollte, sind wir noch weit entfernt und damit auch von dem wirklichen Frieden. Gelingt es nicht, bis zum 31. Mai zu einem Arrangement zu kommen,

welches Deutschland eine Anleihe und eine notwendige Atempause von drei oder vier Jahren und auf der andern Seite Frankreich bares Geld bringt, so kann dieses Datum der Ausgangspunkt einer Katastrophe für Europa werden. Die erst so günstig angefangenen Verhandlungen über eine Deutschland zu gewährenden internationale Anleihe dürften nach den letzten Ereignissen wohl kaum noch ein günstiges Ergebnis zeitigen, wenn sie nicht überhaupt ganz abgebrochen werden. Ein anderer nicht minder wichtiger Punkt der Tagesordnung der politischen Kommission, die Abrüstungsfrage, und der von Lloyd George gewünschte Burgfrieden, ist ja überhaupt noch nicht behandelt worden. Wenn man bedenkt, daß ein so kleiner Staat wie Estland ein Drittel seiner Einnahmen für Küstungsarbeiten verwenden muß und dadurch zu jeder andern Kulturarbeit unfähig wird, und wenn man berücksichtigt, daß es allen andern Staaten des Ostens und Südostens nicht anders geht, so bekommt man erst einen Begriff von der Bedeutung dieser Frage. Die einzige Hoffnung bleibt nach wie vor der feste Wille Lloyd Georges, die Konferenz von Genua zu einem Erfolge zu führen und die Unterabstimmung, die er dabei von der italienischen Delegation erhält. Daß aber diese Hoffnungen heute wieder geringer geworden sind, darf nicht verkantet werden.

Eine Erklärung des Reichskanzlers.

Genua, 25. April. Anlässlich eines Empfanges der deutschen Pressevertreter in Genua gab Reichskanzler Dr. Brüning folgende Erklärung ab:

Soweit bis jetzt Zeitungsnachrichten zu uns gedrungen sind, ist an uns die Frage in Frankreich gerichtet worden: Ist der Vertrag von Rapallo vollständig veröffentlicht worden? Entfällt er geheime Bestimmungen, darunter militärische oder politische Bestimmungen als Vorwand?

Hierzu lautet meine Erklärung: Der Vertrag ist vollständig veröffentlicht worden. Er enthält keinerlei geheime Bestimmungen politischen oder militärischen Charakters. Er ist nach unserer Auffassung als Friedensinstrument zu werten, und er ist auch der erste wahrhafte Friedensvertrag zwischen zwei Völkern, die miteinander in blutigem Ringen verhandelt haben.

Die Behandlung der Wirtschaftsfragen.

Deutsche Gegenvor schläge.

Berlin, 26. April. (Eigene Drahtmeldung.) In der Unterkommission für Wirtschaftsfragen begründete Staatssekretär Hirsch die deutschen Gegenvor schläge, in denen die Währungsfrage und die Zersplitterung Europas als Ursachen der gegenwärtigen Verhältnisse bezeichnet werden. Die Landesgrenzen zwischen den Ländern Mitteleuropas, Ost- und Südeuropas seien nach dem Kriege um mehr als 600 Kilometer vergrößert worden, das erfordere ungeheure Heere von Bewachungsbeamten und Bände von Verordnungen. Später beschäftigte sich Staatssekretär Hirsch mit der Frage des Meißbegünstigungsurteils, besonders hinsichtlich der Zolltarife durch alle europäischen Staaten. Das Londoner Memorandum habe den Grundgedanken des Meißbegünstigungsrechtes in einer Anmerkung selbst anerkannt, selber aber hätten sich nicht alle Nationen diesem Prinzip anschließen können. Das Londoner Memorandum verwerfe auch mit aller Schärfe das System der Diskrimination hinsichtlich der Ausfuhr, die deutsche Delegation fordere aber die Verwerfung der Diskrimination auch für die Einfuhrzölle. Staatssekretär Hirsch demonstrierte an einigen Beispielen die verhängnisvolle Bedeutung dieser ungleichen Behandlung für Deutschland. Er teilte mit, daß in zwei Ländern eine deutsche Ausfuhr überhaupt unmöglich sei, weil in diesen Ländern ein absolutes Einfuhrverbot für deutsche Produkte bestehe, während umgekehrt Deutschland diesen Ländern die Meißbegünstigung zu gewähren habe. Ein andres Land habe Zollschranken von solcher Höhe gegen Deutschland errichtet, daß sie praktisch einem Einfuhrverbot gleichkommen, ein drittes Land ziehe den Rakuzuschlag für deutsche Waren vor, bei dem die deutsche Reichsmark einem Wert von 12 000 amerikanischen Cents, d. h. der Hälfte ihres Friedenswertes gleichgesetzt wird. Jeder Anparteiliche müsse zugeben, daß unter solchen Bedingungen kein Land seine normale Produktion wieder herstellen könne. Unter solchen Umständen könnten sich auch die auswärtigen Schulden nicht vermindern. Das Londoner Memorandum begründe in der erwähnten Anmerkung die Vorzüge der angegebenen Meißbegünstigung. Deutschland verlange nach der Wiedereinführung dieser Grundzüge nun endlich die weltwirtschaftliche Möglichkeit zu finden, seine nationalen Verpflichtungen zu erfüllen und mehrere Jahre nach dem politischen Friedensschluß der Welt endlich den Wirtschaftsfrieden wiederzugeben.

Der nationalistische Taumel in Frankreich.

Berlin, 26. April. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet, sind in Paris mehrere Plakate verbreitet worden, die zu einer großen Kundgebung für Freitagabend auffordern und die das Ungeheuerlichste an Verhegung darstellen, was sich Paris je geleistet habe. Es heiße in dem Plakat, man müsse sofort in Deutschland einmarschieren, die Städte besetzen, um selbst von Pfändern Besitz zu ergreifen, die zur Zahlung der Reparationen notwendig seien. Es wird gefordert: „Wenn wir jetzt nicht sofort marschieren, werden es die Deutschen unermüdet tun, darum, Republikaner, Royalisten, alle Vaterlandsfreunde, auf zu sofortigen Tat!“

Die Plakate sind von den Royalisten verbreitet worden.

Klare Bahn.

Einheitsfront der jüdischen Arbeiterparteien gegen die Konterrevolution.

Die drei Arbeiterparteien haben am Dienstag, dem 25. April, in gemeinsamer Sitzung zur politischen Situation in Sachen Stellung genommen. Sie waren einmütig der Auffassung, daß den reaktionären Treibern der bürgerlichen Parteien der schärfste Widerstand entgegenzusetzen werden muß. Die drei Parteien sind nach wie vor der Meinung, daß die Mehrheit des Landtags sich von der bürgerlichen Minderheit ihre Handlungen nicht vorzeichnen lassen darf. Deshalb werden sie den Antrag Villier auf Auflösung des Landtags ablehnen.

Ueber die im Parlament einzuschlagende Taktik, sowie über die Stellung zum Volkscoupschweben zur Zeit noch Verhandlungen. Einmütig kam jedoch in der bisherigen Aussprache zum Ausdruck, daß die Arbeiterparteien mit aller Energie die proletarischen Interessen in den Vordergrund ihrer Politik stellen werden.

Diese Entschlieung der drei Arbeiterparteien schafft die wünschenswerte Klarheit. Die Bahn ist frei für den gemeinsamen geschlossenen Kampf des Proletariats gegen die bürgerliche Fronte. Die Rechtsparteien haben ganz richtig herausgefunden, daß die sozialistische Regierung das härteste Bollwerk gegen die gegenrevolutionären Bestrebungen des monarchistisch gesinnten Bürgertums bildet. Deswegen haben sie der Regierung vom ersten Tage ihres Bestehens an alle nur erdenklichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Dabei war ihnen kein Mittel zu schlecht. Ehrverletzendes, aus den Fingern gesogene Anwürfe und Verleumdungen und niederträchtige Verhöhnungen der sozialistischen Minister, Versuche, durch Sabotageakte Gefährdung und Verwaltung schmutzulegen, waren ständig an der Tagesordnung. Unterstützt wurden die beiden Rechtsparteien durch die beispiellos jämmerliche Haltung der demokratischen Fraktion des Landtags, die sich zwar nach außen hin fortgesetzt als Stütze des republikanischen Systems empfahl, sich aber dadurch nicht abhalten ließ, den Monarchisten den Steigbügel zu halten und sich Schulter an Schulter mit den Deutschnationalen und Deutschen Volksparteiern dem Fortschritt entgegenzustellen. Aber diese Unterstützung reichte nicht aus, den Willen und die Absichten der Reaktion durchzusetzen. Deshalb versuchten die bürgerlichen Parteien und die hinter ihnen stehende Presse mit allen Mitteln einen Keil in die sozialistische Mehrheit zu treiben, die alle Pläne der bürgerlichen Minderheit auszuhandeln machte.

Die Uneinigkeit der Arbeiterparteien in einigen Fragen war die letzte Hoffnung der Reaktion in Sachen. Und die vorläufige Ablehnung des Justizetats durch die kommunistische Fraktion hatte dieser Hoffnung neue Nahrung gegeben. Die Sentler und Villier in der jüdischen Landstube hielten sich so sicher, daß sie glaubten, aufs Ganze gehen zu können und die Auflösung des Landtags forderten. Damit haben sie aber das Gegenteil von dem erreicht, was sie beabsichtigten. Die politische Situation, die von der bürgerlichen Presse mit Absicht immer wieder verschleiert worden ist, ist dadurch völlig klar geworden. Sie sozialistische, die bürgerliche Regierung; entweder Ausbau der Gefährdung und Verwaltung des gesamten staatlichen Apparates im fortschrittlichen sozialistischen Sinne, oder Auslieferung der Staatsgewalt an die Reaktionäre von ehedem. Das ist die eindeutige Parole für die bevorstehenden Kämpfe.

Bei dieser klaren Fragestellung kann und darf es bei keiner der Arbeiterparteien ein Schwanken geben. Alle die Differenzpunkte in einigen Fragen haben zurückzutreten hinter dem gemeinsamen Interesse der Arbeiterklasse, dem rückwärtslosen Kampf der proletarischen Einheitsfront gegen das gegenrevolutionäre monarchistische Bürgertum. Und wenn die bürgerlichen Zeitungen gestern noch aus den Keulungen kommunistischer Blätter glauben folgern zu dürfen, daß es ihnen gelingen sei, die Arbeiterparteien zu zerklüften, so ist diese Hoffnung durch die oben wiedergegebene einmütige Entschlieung der drei proletarischen Parteien sämtlich auszuhanden geworden. Die Einheitsfront des jüdischen Proletariats zum energischen Kampf gegen die Reaktion ist hergestellt. Die Marschroute ist vorgezeichnet. Energische Durchsetzung der proletarischen Interessen, die sich mit dem Interesse der übergroßen Volksmehrheit decken gegen die Interessen einer verhältnismäßig kleinen, aber rückwärtslosen Clique kapitalistischer Nihilisten.

Diese einmütige Einstellung der Arbeiterparteien ist um so bedeutungsvoller, da die angebliche Einigkeit im bürgerlichen Lager recht brüchig ist. Wenn auch die demokratische Fraktion letzten Endes wieder den Anschluß nach rechts finden wird, so dürften doch die demokratischen Wähler nicht geneigt sein, dieser Parole zu folgen. Das fürchten auch die demokratischen Führer. Deswegen ihr getrautes kindisches Ultimatum an die rechtssozialistische Fraktion, das wir gestern bereits erwähnt haben, beswegen auch der Versuch, die jämmerliche reaktionäre Haltung und Tendenz der demokratischen Fraktion durch demokratische

Vorparlamenten zu werden. Ein Artikel des ersten Vorsitzenden der demokratischen Landpartei, Dr. Kütz, im Leipziger Tageblatt ist charakteristisch für die Heuchelei des Gruppchens um Dr. Senfert und Dr. Reinhold im sächsischen Landtag. Wenn vor einigen Wochen der demokratische Reichstagsabgeordnete Verhaftung die Vorhaben seiner sächsischen Parteifreunde offen anpöbele, so liest Herr Kütz in ganz unbewusster Weise die schärfste Kritik an der Politik seiner Partei. Herr Kütz behauptet, die sächsische Regierung sei verfassungswidrig, weil die Kommunisten dieser Regierung kein Vertrauen entgegenbringen. Und das sagt in Mann der Partei, deren Vorsitzender Dr. Reinhold im Landtag ganz offen erklärte, er habe zur Sozialdemokratie alles Vertrauen verloren, die es aber trotzdem fertigbringt, dieselben Sozialdemokraten jetzt anzuführen, eine gemeinsame Regierung mit ihnen zu bilden. Ganz mit Recht hat der Demokrat Verhaftung darauf hingewiesen, daß in Sachsen eine andere als die sozialistische Regierung unmöglich ist, weil alle bürgerlichen Parteien niemals auf Vertrauen im sächsischen Volke rechnen können. Und wenn Herr Kütz in seinem Artikel behauptet, das Leitmotiv einer Partei sei „die Aufrechterhaltung der Verfassung, Schaffung einer verfassungsmäßigen Regierung“, so ist das eine inhaltlose Phrase, die durch die Politik der demokratischen Landtagsfraktion widerlegt wird. Die sächsischen Demokraten haben ihre sogenannten Grundzüge und die Republik fortdauernd an die Monarchisten vertragen. Deshalb muß das sächsische Ultimatum an die SPD völlig wirkungslos bleiben. Die Rechtssozialisten werden und können sich gar nicht darauf einlassen, die Herren aus ihrer Verlegenheit zu befreien. Die Senfert, Reinhold und ihr Teilweises Gefolge heben sich völlig von den reaktionären, nationalstolischen Schiebern mißbrauchen lassen; sie werden jetzt mit diesen auch die Niederlage zu teilen haben.

Wohl ist es in dieser Situation keiner der bürgerlichen Parteien. Und es klingt denn auch nicht besonders zuverlässig und legesicher, wenn die D. R. K. am Schlusse eines Schmähs- und Schimpfartikels versichern:

Und wenn auch unter dem Druck dieses bürgerlichen Zusammenstüßes auf Seiten des Radikalismus so etwas wie eine geschlossene Wider-Phalanx zu bilden versucht werden sollte: das Ziel, das sich der einmütige Wille des Bürgertums gestellt hat, die Festigung der rabulösen Klassenregierung, wird erreicht werden, wenn jeder ordnungsliebende Staatsbürger in Sachsen seine Pflicht erfüllt.

Als ja; wenn: Die Arbeiterschaft wird auch diese Hoffnung vernichten. Sie nimmt den Kampf geschlossen und energisch auf und wird den Reaktionären auf ihre unverdächtige Prossolation die Antwort geben, die ihnen unangenehm in den Ohren klingen wird.

Der Tag der Internationale.

O. P. Wien, 23. April 1922.

Die österreichische Arbeiterschaft sieht sich ein wenig als Champion der werdenden gemeinsamen Internationale. Das hat dieser 20. April bewiesen, an dem mehr als eine Viertelmillion Wiener Arbeiter und Arbeiterinnen — ein Siebentel der Einwohnerzahl — über die Ringstraße zogen. Drei Stunden dauerte der Vorbeimarsch der Mäher; Wehrmänner in Uniform, geschlossene Abteilungen der Arbeiterordnerschaft, viele Tafeln und n. a. m. rote Fahnen — es war ein Zug, der selbst alten, demonstrationsproben Veteranen das Herz höher schlagen machte. Das Bürgertum, das sonst stets die Gasse beherrscht hatte, ist jetzt den Tumulten vom 1. Dezember eingeschüchtert; nur gehässige Zeitungsartikel und geschlossene Fenster grüßten die Arbeitermassen auf der Straße.

Die Massen aber marschierten für die Parolen der Berliner Konferenz. Man kann nicht sagen, daß die speziellen Parolen ein besonderes Echo fanden; unter der Reparationspolitik selbst Österreichs Proletariat nur aus zweiter Hand, die kapitalistische Offensive vermag es im eigenen Lande abzuwehren. Aber ungeheuer populär ist in diesen Massen der Gedanke, die Schlußfrage, die gerade aus der eigentümlichen Zweipartigkeit ihrer Lage, aus dem Gegensatz ihrer verhältnismäßig großen Macht daheim und ihrer absoluten Ohnmacht gegen die Gebieter der Welt entspringt: die Schlußfrage nach der ersten Kraft der internationalen Arbeiterklasse. Die österreichischen Arbeiter haben es den Arbeitern anderer Länder vorgemacht, wie man den heimischen Klassengegner dämmt, ihm seine wichtigste Waffe, die Wehrmacht, entwindet, ihm wichtige sozialpolitische Zugeständnisse abringt. Aber — und das ist die Tragik des österreichischen Proletariats — seine politische Macht und sozialpolitische Errungenschaften; vermag an seiner Klassenlage selbst nichts zu ändern. Darum erwarten nun die österreichischen Arbeiter schmerzliche als alle die Erlösung, die ihnen nur von den Arbeitern der anderen Länder, die ihnen erst von der internationalen Einigkeit kommen kann.

Dennoch ist gerade die Frage der Einheitsfront selbst in Österreich kein Problem. Ein einziger Ziffernpaar mag das veranschaulichen: als bei den jüngsten Landtagswahlen in Salzburg die Sozialdemokraten die Stimmzahl der Revolutionswahlen von 1919 übertrafen und 30 Prozent Stimmengewinn erzielten, da ergab sich in der Hauptstadt Salzburg das Stimmenverhältnis der beiden proletarischen Parteien wie folgt: Sozialdemokraten 6000, Kommunisten — 35. Es ist die Einheitsfront 500 000 zu 15 000 Parteimitgliedern, von 97 zu 3 Prozent, die im Durchschnitt in ganz Österreich hergestellt ist. Und dieses Österreich ist übrigens das einzige Land, dessen Proletariat in seinen Arbeiterräten auch mit dieser kleinen Abspaltung stets die Verbindung aufrechterhält, so daß jederzeit eine einheitliche Gesamtkraft möglich ist und wiederholt auch tatsächlich festgestellt hat.

Die österreichische kommunistische Partei ist darum nicht besser als eine der anderen. Höchstens, daß die Moskauer Subsidien für diese vollständig verlorenen Posten noch zweckloser und aufreißender erscheinen: Österreichs Arbeiter sammeln Geld für Rußlands hungende Kinder und Rußlands Beherrscher senden Geld für Österreichs kommunistische Führer. Ansonsten sind diese Führer mit wenigen Ausnahmen gutartig und sich selbst ein Problem; sie begreifen seit jeher ihre eigene Unfähigkeit nicht und haben viele Artikel darüber geschrieben: daß gerade in dem verelendeten Lande der Kommunismus am schwächsten blühe.

Ihrer Kleinheit entsprechend hat sich die kommunistische Partei Österreichs auf die Parole der Einheitsfront geradezu gestützt — natürlich nicht, ohne daß vorher gerade ihr Vertreter in Moskau vor den schlechten Erfahrungen mit der Einheitsfront auf behüteten gewarnt hätte. Da ihm das nichts genügt hat, sind sie jetzt Feuer und Flamme für die Einheit — sie hoffen nämlich, ihr Vorriechseligkeit dabei zu machen. Sie möchten vor den österreichischen Arbeitern als die Verkünder jener tiefen Sehnsucht erscheinen; aber kein österreichischer Arbeiter wird Kommunist werden, um dann mit den Sozialdemokraten die Einheitsfront bilden zu können. Das geschlossene österreichische Proletariat kennt die Moskauer Spalter von gestern, auch wenn sie heute als Einiger auftreten; und es kennt auch die wahre Bringerin der internationalen Einigkeit: die Internationale Arbeiterschaft sozialistischer Parteien.

Der Vergleich erweist die zwei Möglichkeiten, in denen die Einheitsfront verwirklicht werden kann. Die eine ist die Erhaltung einer mächtigen, geschlossenen Partei: sie ist in Österreich,

in Belgien, in England, Dänemark und Holland gelungen. Der andere Weg ist der, den international die I. A. P. eingeschlagen hat: die Bildung einer Mittelgruppe als Kristallisationspunkt, an dem sich die Sammlung, das Wiederfinden der Extreme vollziehen muß. Dieser Weg scheint dort gegeben, wo, wie in Deutschland oder in der Tschechoslowakei, die Spaltung größere Dimensionen angenommen hat. Nichts falscher darum als die Meinung der Rechtssozialisten oder der tschechischen Rechtssozialisten, sie könnten in ihrem Lande, unter ihren Verhältnissen die völlige Aufspaltung, das völlige Verschwinden der andern proletarischen Parteien erwarten; nichts Irrsichtiger als ihr Widerstreben gegen die Konzentration nach der Mitte. Die historische Rolle der I. A. P. aber gleichwie der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei ist es eben, diese Mitte zu bilden.

Diese Einheitsfrontgedanken kommen und gehen, während die österreichischen Arbeitermassen marschieren. Und es ist etwas Ueberwältigendes an der Treue und die Disziplin dieser Massen, die da marschieren — einer bloßen Hoffnung nach. Dem Tag entgegen, da diese Treue, diese Disziplin, diese Massen einmal auf den Plan gerufen werden nicht nur zum Hoffen, sondern zum Handeln; dem wahren Tag der Internationale!

Für den Weltkongreß der Internationale.

Die kommunistischen Zeitungen bringen einen Aufruf von der Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands, der sich an das deutsche Proletariat richtet und es auffordert, die Vorbereitungen für einen Welt-Arbeiterkongreß zu treffen, der bereits von der internationalen Konferenz, die am 2. April tagte, in Aussicht genommen war. Selmeritz haben die Vertreter der zweiten Internationale, die Banderwebe und Wels, diesen Plan sabotiert. Die I. A. P. und die Wiener Arbeitsgemeinschaft traten dafür ein. Wir wissen, daß derartige Bestrebungen die Einheit der internationalen Proletariats nicht unmittelbar bringen werden. Sie werden aber immerhin einen Schritt auf dem Wege der Annäherung bedeuten. Es ist die historische Aufgabe der im Rahmen der Wiener Arbeitsgemeinschaft vereinigten sozialistischen Parteien, den Kristallisationspunkt zu schaffen, um den sich die abseits stehenden Parteien der Internationale konzentrieren können.

Wir unterstützen daher die Bestrebungen, die in dem Aufruf zum Ausdruck kommen, wenngleich wir die Wirkung eines derartigen Kongresses nicht überschätzen. Wenn aber die Kommunisten gerade in diesen Tagen die Frage der internationalen Einheitsfront wieder in den Vordergrund rücken, dann darf nicht unterlassen werden, zu betonen, daß die kommunistische Internationale selbst den größten Hemmschuh für diese Entwicklung bildet. Nicht nur, daß man in Rußland mit allen Mitteln die Einheitsfront sabotiert, daß man es grundsätzlich ablehnt, mit den beiden anderen Arbeiterparteien gemeinsam den Kampf zu führen. Auch die übrigen Parteien der kommunistischen Internationale, unterlassen nichts, um in der Sabotage der Einheitsfront alles zu tun, was in ihren Kräften steht.

Ein geradezu gewagtes Spiel treiben die französischen Kommunisten, die bisher mit aller Entschiedenheit abgelehnt haben, der Bildung der Einheitsfront auf französischem Boden näher zu treten. Die Kommunisten sprechen anbauend von dem großen Einfluß der kommunistischen Partei in Frankreich, wovon bisher freilich nichts zu verspüren gewesen ist. Aber auch in der Durchführung der Beschlüsse der kommunistischen Internationale hat es in Frankreich bisher dauernd gehapert. Nicht nur, daß man zu Zeiten der Spaltung den französischen Kommunisten einige der 21 Glaubensartikel schenkte. Auch in der Frage der Einheitsfront gehen die französischen Kommunisten, denen angelehnt der nationalstolischen Stimmung in Frankreich eigentlich die bedeutendste Rolle der Arbeiterparteien in Europa zufallen müßte, dauernd ihren eigenen Weg. Er wird bestimmt durch die Angstlichkeit der Konkurrenz gegenüber der sozialistischen Partei in Frankreich. Erklärt doch der Generalsekretär der französischen Kommunisten, Prossard, wenn man den Gedanken der Einheitsfront propagiere, dann lohne es sich für den Arbeiter nicht mehr, „zwischen den Parteien zu wählen, da die Einheit der Aktion unauflösbar auch zur Einheit der Organisation führen müßte“. Ebenso interessant ist eine von Renault gemachte Aeußerung. Auf eine Zwischenfrage, welche Gründe nach seiner Auffassung die Bolschewisten zur Propagierung der Einheitsfront veranlaßt haben mögen, erklärte dieser: „Diese Gründe ergeben sich hauptsächlich aus der schwierigen Lage des Kommunismus in Deutschland, wo der Märzputz betrübliche Folgen hatte.“

Die Haltung der italienischen Kommunisten ist identisch mit der der Franzosen. Wenn daher die deutschen Kommunisten die Frage der Einheitsfront glauben dauernd in den Vordergrund schieben zu sollen, dann wäre es notwendiger, zunächst einmal mit ihren Genossen in Italien und Frankreich gehörig ins Gericht zu gehen, die, wie die Bolschewisten in Rußland, die einheitsliche Front der Arbeiterschaft national und international dauernd sabotieren.

Der internationale Gewerkschaftskongreß.

Rom, 25. April. (Zitel.) In der gestrigen Sitzung des Gewerkschaftskongresses ergriff als erster Redner Mertens in Belgien das Wort und begründete in einem längeren Referat seine Resolution, die sich mit dem Kampf gegen die Reaktion befaßte. In dem Referat wies er darauf hin, daß in diesem Kampf gegen die Reaktion auch der Kampf gegen die Offensive des Kapitals eingeschlossen werden müsse, die sich deutlich in den Anschlägen der Unternehmer gegen den „Wohlfundentag“ und die soziale Gesetzgebung äußere. Die Resolution Mertens rief eine längere Debatte hervor, die zum Teil sehr scharf war. Die Resolution wurde von fast allen Rednern bemängelt, weil sie ihre Forderungen nicht genügend scharf präzisierete. So erklärte Dumoulin aus Frankreich in dieser Resolution fehle die Aufforderung, den Kampf gegen die Reaktion unverzüglich aufzunehmen, ebenso fehle darin ein besonderer Hinweis auf den weißen Terror in Ungarn und Spanien. Ferner müsse in der Resolution klar zum Ausdruck gebracht werden, daß die Reaktion eine Hauptstütze in jenen Regierungen finde die unter dem Schlagwort „Bolschewismus“ Angriffe gegen ihre Arbeiterklassen bemänteln wollen. In dem Abschluß des deutsch-russischen Vertrags zur gegenwärtigen Zeit steht Dumoulin eine Stärkung des nationalen Wohls. Smilies-England bemängelt an der Entschließung Mertens den Passus, in dem gesagt wird, daß der Internationale Gewerkschaftsbund die einzige Kraft sei, die den dauernden Frieden erzwingen könne. Er weist darauf hin, daß auch die politischen Organisationen an dem Frieden der Welt arbeiten sollen und daß der wahre Friede nur dann erzwingen werden könne, wenn das Proletariat die Produktion selbst übernehme.

Am Nachmittag ereignete sich ein kleiner Zwischenfall: Als der Vorsitzende dem Präsidenten des Internationalen Arbeitsamts, Thomas, das Wort erteilen wollte, erhob sich der französische Vertreter Bourderson und erklärte, er erhebe Einspruch dagegen, daß Thomas spreche. Dieser habe dem Kongreß nichts zu sagen und er, Bourderson, werde sofort den Saal verlassen, falls Thomas dennoch das Wort erteilt werden sollte. Es entstand zunächst eine peinliche Stille. Als Thomas das Wort dennoch erhielt, verließ Bourderson den Saal. Thomas schilberte in einer allgemeinen Rede die Beziehungen zwischen dem Internationalen Arbeitsamt und dem Gewerkschaftsbund und hob hervor, daß das Arbeitsamt sehr viel leisten könne, Vorbedingung hierfür sei aber eine entsprechende Entwicklung des Gewerkschaftsbundes.

Den Schluß der Sitzung bildete ein Referat Jimmens über den Militarismus, dessen Auswirkungen er an Hand lehrreichen statistischen Materials aus der Kriegs- und Nachkriegszeit erläuterte.

Die Geldquellen Knüppelkunjens.

Wie die Arbeiter für den Antifaschismus gewonnen werden.

Berlin, 26. April. (Eigene Drahtmeldung.) Das Berliner Tageblatt berichtet von einer Korrespondenz zwischen Knüppel-Kunze und Herrn Stinnes. Herr Kunze habe sich, natürlich nicht direkt, an Herrn Stinnes gewandt, er brauche Geld für sein Deutsches Wochenblatt. Dieses Wochenblatt hat eine Lesergemeinde, die auf den schönen Namen Heilo hört, die dieser Tage ein Ersuchen um Unterstützung an Herrn Stinnes in Mülheim, den das Blatt sonst bekämpft, richtete. Stinnes verwies sie an seinen Berliner Vertreter, den Kapitänleutnant Humann, der der Lesergemeinde des Deutschen Wochenblattes mitteilte, daß die von ihm bereits bekannte Kampfesweise doch nicht zweckmäßig sei. Es heißt in dem Brief: „Die Mittel Ihrer Propaganda sind den Gegnern schon zu bekannt geworden und haben Gegenmittel erzeugt, deren Kraft augenblicklich stark ist. Es gilt meiner Überzeugung nach, neue Kampfmittel zu finden und für deren weitestgehende Verbreitung zu sorgen. Eine Unterstützung Ihrer Bestrebungen glaube ich daher erst dann in Aussicht stellen zu dürfen, wenn ich überzeugt bin, daß Ihr Kampf zum Ziele führen wird.“ Der Brief ist gezeichnet: Humann. Damit begnügte sich aber die Lesergemeinde des Deutschen Wochenblattes noch nicht. Sie richtete weiter ein Schreiben an die Redaktion in Berlin des Herrn Stinnes. In diesem Schreiben heißt es, es handle sich um nichts Geringeres als um die Trennung der gutgesinnten Arbeiterschaft von ihren jüdischen Führern. „Nach unserer und vieler anderer Deutschen Überzeugung sind alle Anstrengungen nutzlos, wenn es nicht gelingt, eine große Zahl der Arbeiterschaft auf den richtigen Weg zu führen.“ Man habe den Beweis dafür, daß Herr Kunze in der Lage sei, und es richtig anfangs, die Arbeiter zu gewinnen. Der Brief sagt weiter: „Wir bedauern immer nur, daß er so wenig Verständnis für seine Ziele bei denjenigen findet, die in der Lage wären, durch Aufbringung finanzieller Mittel seine Arbeit außerordentlich zu fördern und einen schnellen Erfolg zu verbürgen. Es läßt sich nicht alles, was über diesen wichtigen Gegenstand gesagt werden müßte, schriftlich darlegen. Vielleicht könnte ich einmal mündlich mit Ihnen darüber sprechen. Herr Kunze selbst möchte ich allerdings zu dieser Unterredung nicht hinzuziehen, wie ich ihm auch von diesem Schreiben keine Mitteilung gemacht habe, da ich weiß, daß er außerordentlich Wert darauf legt, nach außen hin völlig unabhängig dazustehen, damit ihm niemals der Vorwurf gemacht werden kann, daß er andere als Arbeiterinteressen vertritt.“ Der Brief ist gezeichnet: Wittstock.

Der Briefwechsel ist deshalb interessant, weil Herr Knüppel-Kunze den Kapitalismus in jeder Form „hakt“ und ihn „bekämpft“. Herr Stinnes als Kapitalist bekämpft daher Herr Kunze auch, aber wenn es sich um seine Gelder handelt, so ist er auch dafür, Herrn Stinnes zu gewinnen. Herr Stinnes soll das Geld dafür geben, die deutsche Arbeiterschaft für den Antifaschismus einzufangen.

Der Kampf um den 1. Mai.

Wie in Sachsen, so hat auch in Thüringen der Landtag am Dienstag nach heftigen Auseinandersetzungen mit den bürgerlichen Parteien beschlossen, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag zu erklären. Das beschlossene Gesetz tritt sofort in Kraft. In Saxe hat das Landesamt für das Bildungs- und Schulwesen eine Bekanntmachung erlassen, wonach der Schulunterricht am 1. Mai ausfällt.

Im Bürgertum haben die Beschlüsse, in den Ländern mit sozialistischer Mehrheit den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag zu erklären, den stärksten Widerspruch gefunden. Ebenso wie in Sachsen versuchen die bürgerlichen Parteien überall mit allen Kräften, derartige Beschlüsse wieder umzustößeln. In der letzten Sitzung der Bremer Bürgerschaft führte ein von den Demokraten eingebrachter Antrag, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag aufzuheben, zu großen Lärm- und Tumulten. Die Parteien der Linken bestritten die geschäftsordnungsmäßige Zulässigkeit der Behandlung der Angelegenheit und fordernten eine gründliche Prüfung der Frage. Die bürgerlichen Fraktionen waren jedoch entschlossen, ihren Antrag mit aller Gewalt durchzubringen. So vergewaltigte der Präsident die Bürgerchaft unter Mißhilfe der Rechtsparteien nicht nur die Geschäftsordnung des Parlaments, sondern würgte auch die Debatte ab und ließ die sozialistischen Parteien nicht zu Worte kommen, und ließ zuletzt auch, vollkommen verfassungswidrig, über die Vorlage abstimmen. Die Empörung der Linken stieg durch dieses Vorgehen aufs äußerste, so daß es zu minutenlang anhaltenden Sturmjahren kam, zumal ein kommunistisches Bürgerchaftsmitglied von einem bürgerlichen Abgeordneten tödlich angegriffen worden war. Die Bürgerlichen vertieften nach ihren Vergewaltigungstaten den Sitzungssturm. Die sozialistischen Abgeordneten brachten zum Ausdruck, daß die Beschlüsse verfassungswidrig zustande gekommen und damit die Aufhebung des 1. Mai als gesetzlicher Feiertag ungültig ist. Auch die Berliner Stadtvorordnetenversammlung hat gestern einen Antrag der drei sozialistischen Parteien, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag gelten zu lassen, mit 106 gegen 102 sozialistische Stimmen abgelehnt. — In derselben Sitzung kam es bei der Beratung der Magistratsvorlage über die Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter und die Erhöhung der Werttarife zu stürmischen Auseinandersetzungen, die nach den vorliegenden kurzen Berichten sogar in Tätlichkeiten ausgeartet sein sollen.

Wie einft im Mai...

Vor einigen Tagen haben wir mitgeteilt, daß von der Berliner Staatsanwaltschaft gegen die Zentralkommission der I. A. P. wegen ihres Auftrags zur Maffei ein Verfahren wegen Aufreizung zum Klassenhass eingeleitet worden sei. Dem Vorwärts, der sich ebenfalls mit dieser Angelegenheit befaßt hatte, ist nun vom Generalstaatsanwalt die folgende Berichtigung zugegangen: Der Inhalt des Artikels „Eine unmögliche Geschichte“ in Nr. 181 des Vorwärts ist unrichtig.

Es ist falsch, daß wegen der Worte „revolutionärer Klassenkampf“ im „Matauruf“ der Zentralkommission der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ein Verfahren wegen „Aufreizung zum Klassenkampf“ eingeleitet ist.

Richtig ist vielmehr, daß wegen einer andern Stelle dieses Mataurufs, welche die Beamten zum Massenstreik am 1. Mai auffordert, ein Verfahren aus § 110 des Strafgesetzbuchs

Kuch (Aufforderung zum Ungehorsam gegen Kasse usw.) ein- geleitet ist.

Der Rufus in dem Aufbruch auf den sich die Berliner Staats- anwaltschaft stützt, lautet: „Arbeiter, Angeestellte, Beamte! Wir rufen euch auf zur Arbeit, zum Massenstreik am 1. Mai.“ Außerdem werden in dem Aufbruch neben den Arbeitern und Angeestellten auch die Beamten aufgefordert, sich an den Maidemonstrationen zu beteiligen. Nun wird aber durch die Reichsverfassung, wie allen Deutschen, auch den Beamten die Freiheit der politischen Meinung und die Vereinigungsfreiheit, die natürlich das Streikrecht in sich schließt, garantiert. Daraus geht schon hervor, wie unhaltbar die Auffassung des Staats- anwalts ist, die Aufforderung zum Streik als strafbar hinzustellen. Es kommt in diesem Falle aber noch hinzu, daß in einigen Län- dern der 1. Mai gesetzlicher Feiertag ist. Im übrigen ist die Teil- nahme der Beamten an der Meißeler durch besondere Verord- nungen geregelt worden. Man kann deshalb, wie der Vorwärts mit Recht sagt, die Arbeiterstreik am 1. Mai überhaupt nicht als einen eigentlichen Streik auffassen, ebensowenig wie etwa die Feier irgendeines religiösen Festtages. Die juristische Konstruktion des Staatsanwalts ist also vollkommen unhaltbar. Sie ist nichts anderes als einer der üblichen reaktionären Vorstöße, wie sie in dem alten Polizeistaat an der Tagesordnung waren. Im vorrevolutionären Deutschland waren in den Wochen vor und nach dem 1. Mai Polizei, Militär, Staatsanwälte und alle sonstigen Hüter der Ordnung in fieberhafter Tätigkeit, um den Staat vor dem drohenden Umsturz am 1. Mai zu retten. Wie der Berliner Vorfall zeigt, gibt es auch heute noch überreizte Staatsanwälte, die sich — vielleicht in der Hoffnung auf An- erkennung ihrer besonderen Verdienste bei einer etwaigen Ver- änderung im Nachberreich der „bereinigten Reichsregierung“ — auch weiter in der Kunst der Staatsrettung nach altem Brauch üben.

Die Aufnahme der Rede Poincarés.

Die Haltung der englischen Presse.

„Kaiser Poincaré.“

Daily Herald überschreibt seinen Leitartikel über die Rede „Kaiser Poincaré“ und gibt den europäischen Staats- männern den Rat, Poincaré zu ignorieren und ihren Weg weiter zu verfolgen. Wenn Poincaré seine Stellvertreter aus Genoa juristisch weise, so sollen sie um Himmelswillen gehen, sie seien dort nur eine Plage. Poincaré sei eine Gefahr, weil er ernst genommen werde. Sobald sein Bluff enttäuscht sei, werde er ausfliehen, Europa zu verlassen.

Daily Chronicle schreibt in einem „Poincarés Säge“ überschriebenen Leitartikel: Die seltsame Aktion der französischen Delegation in Genoa am letzten Sonnabend, die verurteilt, eine neue Krise aus dem alten Material zu erzeugen, von dem jeder- mann hoffte, daß es erledigt sei, wurde von den in Genoa an- wesenden Personen auf das Treiben Poincarés zurückgeführt. Dieser Einbruch wird jetzt durch die unglückliche Rede bestätigt, die Poincaré gestern in Paris-Duc hielt. Eine Rede wie die gestrige des französischen Premierministers, die von einem Nichtteilnehmer außerhalb der Konferenz gehalten wurde, ist wie ein Eisenstiel, das von außen in eine seine Maschine geworfen wird, und bedeutet, daß bei der Person, die es geworfen hat, nicht der Wunsch zu helfen besteht, sondern der zu zerstören.

Die französische Presse.

Figaro schreibt zur Rede Poincarés, Frankreich ist, um das Einverständnis mit den Alliierten und den höchsten Appell an den Frieden aufrechtzuerhalten, trotz der ihm zugefügten Beleidigung in Genoa geblieben, als der Abbruch sein Recht, vielleicht sogar seine Pflicht gewesen wäre. So ist es am Rande eines Abgrundes angekommen, und es gibt keine Erwägung mehr, die es dahin führen könnte, sich hinzuzufügen. Die Regierung darf aber von jetzt ab die bisher vergeblischen Gesten dieser Energie nicht mehr vergeuden. Kein anderer als Poincaré ist in höherem Maße der Mann dieser Richtung des Wiederaufbaues.

Deuxième betont, die Rede Poincarés habe erklärt, wenn Deutschland widerstehe, dann werde Frankreich über Deutschland herfallen, mit den Alliierten oder ohne sie. Mit anderen Worten: Wir sind vollkommen bereit, mit den Engländern zu brechen, um uns „cavaliers seuls“ auf den Weg nach Berlin zu machen. Man lese doch nur das Plakat, das die Royalisten haben anhängen lassen: „Um den Krieg zu vermeiden, müssen wir in starken Letzern — um ihn um jeden Preis zu verhindern, muß man in Deutschland einmarschieren.“ Der verständige Leser ergänzt diese Ausführungen dahin, daß er sagt: Also um den Krieg zu vermeiden, müssen wir ihn machen. Wenn man wenigstens nur Deutschland allein den Krieg ansagen würde! Aber um sicher zu sein, hat man die ganze Welt gegen sich, und die Zeitungen beleidigen und bedrohen auch Italien.

Populaire schreibt, man dürfe einigermassen bezweifeln, ob Poincaré sich über die wahre Lage Rechenschaft ablege, wenn man sehe, mit welcher Beharrlichkeit er auf den nächsten Verfalls- tag vom 31. Mai hinweise und auf alle Verwicklungen, die er nach sich ziehen könne. Für den Fall, daß Deutschland in Verzug gerate, kündige Poincaré schon jetzt mit kaum gebührendem drohendem Ton militärische Zwangsmassnahmen an, mit unsern Alliierten, wenn sie wollen, ohne sie, wenn es nötig sein sollte. Ich bin, schreibt Ab- geordneter Léon Blum, nicht überrascht. Aber es scheint, daß die Erfahrung des letzten Jahres mit der Jahresklasse 1919 Poincaré nicht genügt. Er glaubt anscheinend, daß die öffentliche Meinung in der Welt den militärischen Demonstrationen günstig gesinnt sei, günstiger gesinnt als vor einem Jahre. Er vergißt und will ver- gessen, daß alle Zahlungen Deutschlands bis zu diesem Tage von den Okkupationskosten aufgewogen wurden, was eine schöne Er- mütigung ist, die zu erhöhen.

André Tardieu findet, daß gestern auch Poincaré in Paris-Duc, wie Briand im April 1921, den Deutschen nur ge- droselt habe, ihnen die Hand an den Halsstragen zu legen. Aber er hat nunmehr drei Monate im Besitz der Macht. Er habe ver- sprochen, die Politik seines Vorgängers nicht mitzumachen. Er habe es dennoch getan. Erst habe er das Programm Briands an- genommen und jetzt halte er die gleichen Reden wie Briand. Alles lehre wieder.

Die Kämpfe in Bayern.

München, 26. April. (Eigene Drahtmeldung.) Nachdem sich die überwiegende Mehrheit der Metallarbeiter für die Fortsetzung des Streiktes und die Ablehnung des Angebotes der bayrischen Metallindustriellen ausgesprochen hat, versucht nunmehr das Reichsarbeitsministerium durch einen neuerlichen Vermittlungs- vorschlag dem Streik ein Ende zu bereiten.

Trotzdem in letzter Minute der Streik in der bayrischen Text- tilindustrie wenigstens bis 6. Mai verhindert werden konnte, sind in Augsburg, wo der Hauptteil der bayrischen Textilindustrie sich befindet, eine große Zahl von Arbeitern nicht zur Arbeit zurück- gekehrt. Die Kommunisten versuchen, den Lohnstreik und die tariflichen Differenzen der bayrischen Textilarbeiter für ihre Zwecke auszunutzen.

Der Prozeß Fischenbach.

München, 26. April. (Eigene Drahtmeldung.) In dem am 27. April beginnenden Prozeß des Genossen Fischenbach gegen die Süddeutschen Monatshefte und eine Anzahl Münchner Zei- tungen wurde von Seiten des Privatklägers der frühere deutsche Gesandte in London, Fürst von Lichnowsky als Sachverständiger geladen. Die Gegenpartei hatte den Legationsrat von Bülow vom Auswärtigen Amt in Berlin geladen. Das Aus- wärtige Amt hat nunmehr abgelehnt, für diese beiden Sachver- ständigen eine Entbindung vom Amtsgeheimnis zu gestatten.

Ausperrung in Budapest.

Budapest, 25. April. (Antel.) In der Gans Danubius- Fabrik hat die Direktion 140 Arbeiter, die auf der Anerkennung des Vertrauensmännertums bestanden, entlassen. Bei einer Lohnauszahlung kam es zu erregten Szenen, da die Arbeiter in- folge Abzuges eines Vorzuschusses nur einen sehr geringen Teil ihres Lohnes ausbezahlt erhielten. Inzwischen sammelten sich etwa tausend Arbeiter an, die über von britischer Polizei aneinander- getrieben wurden. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenom- men. Die Direktion veröffentlicht nunmehr eine Erklärung, nach der sie zur Strafe den Betrieb auf drei Tage einstellt.

Waffenlager der Rechtspulschiffen.

Frankfurt a. M., 26. April. (TU.) Die Waffenkammer im Juli des vergangenen Jahres in der Wöhler-Schule in Frank- furt a. M. waren am Dienstag Gegenstand einer Verhandlung vor der Strafkammer. Neun Angeklagte hatten sich zu verant- worten. Hauptangeklagte waren der Student Kerner und der Student Rat Junge. Das Gericht verurteilte Kerner zu 6 Monaten Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe, Junge zu sechs Monaten Gefängnis und 20 000 M. Geldstrafe.

Gewerkschaftsbewegung.

Um das Streikrecht der Beamten.

Der letzte große Eisenbahnerstreik hat die Frage des Beamten- streikrechts wieder in den Vordergrund gerückt. Während die Regierung den Beamten das Streikrecht rund heraus abschneid, haben es die Beamten der Eisenbahn ohne weiteres für sich in Anspruch genommen, wie es ihnen nach dem klaren Wortlaut der Verfassung zusteht.

Im Anschluß an den Streik hat eine lebhafteste Debatte über das Beamtenproblem und alle damit im Zusammenhang stehenden Fragen eingeleitet. Genosse Richard Seidel hat es unter- nommen, vom Standpunkt der unabhängigen Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften aus die Fassung der Reichsregierung als unhaltbar nachzuweisen und den ganzen Fragenkomplex ein- gehend zu unterlegen.

Seine im Sozialist erschienenen Abhandlungen sind jetzt als Sonderdruck im Verlag des Sozialist unter dem Titel: Die Gewerkschaftsbewegung und das Streikrecht der Beamten erschienen. Das Studium des Schriftchens ist allen Beamten und allen Genossen, die sich mit dem Beamtenproblem zu beschäftigen haben, aufs wärmste zu empfehlen.

Genosse Seidel bringt eine kurze Darstellung der geschichtlichen Entwicklung des Beamtentums, das unter dem Feudalismus und Monarchismus dem Träger der Krone unmittelbar verpflichtet war. Die Krone gewährte lebenslängliche Anstellung und Alters- versicherung, verlangte aber von den Beamten völlige Unter- ordnung unter den Willen des Monarchen und bedingungslosen Gehorsam. Das Beamtentum durfte nicht ein Stück vom Volke sein, sondern eine Klasse, die dem Volk feindselig gegenüberstand. Mit Hilfe des Beamtentums wurde das Volk beherrscht. Im Beamtenheer selber sorgte die Trennung in vielerlei einander über- geordnete Gruppen für gegenseitigen Neid, Bewachung und — Disziplin. Die enge Verbindung zwischen Militär und Burea- kratie tat das übrige. Daraus resultierte auch das besondere Beamtenrecht, das nicht wirtschaftlichen, sondern politischen Bedürf- nissen entsprang.

Das alte Beamtenrecht hat heute keine Berechtigung mehr, nachdem der größte Teil des Beamtenheeres technisch-kaufmännisch tätig, also nicht mehr, wie früher, ausschließliches Organ der Staatsverwaltung ist. Durch die wirtschaftliche und politische Ent- wicklung sind die Beamten zu abhängigen Arbeitnehmern ge- worden, die durch die dauernde Geldentwertung in eine von Monat zu Monat sich verschlechternde wirtschaftliche Lage geraten. Und da der Staat durch seine Finanznotlage, die durch den poli- tischen Einfluß des kapitalistischen Altrgertums vergrößert wird, den Beamten freiwillig keinen genügenden Ausgleich gewährt oder gewähren kann, so sind die Beamten gezwungen, zu den gleichen Mitteln zu greifen, um sich ihre Existenzmöglichkeit zu sichern, wie die Arbeiter und Angestellten im Handel und in der Industrie, zum Streik. Doch nicht alle Beamten befinden sich in der gleichen sozialen Lage. Die höheren Beamten werden auch heute noch sehr gut bezahlt, und da sie gleichzeitig Vorgesetzte der mittleren und unteren Beamten sind, und infolge Herkommen und Erziehung sich als über dem Volke stehende „Klasse“ betrachten, so wollen diese nichts von der Anwendung des Streiks wissen. Daraus entstehen in den Beamtenorganisationen Reibungen und Aus- einandersetzungen, die die Aktivität derselben schwer beeinträch- tigen und anlässlich der letzten Tagungen des DDB und der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner ihren Ausdruck fanden.

Die Regierungen glauben, mit dem Hohen auf das alte Beamtenrecht der Entwicklung im Beamtenheer Herz worden zu können. Sie kümmern sich um die Reichsverfassung:

„Den Staatsbeamten und Staatsarbeitern ist das Recht unbeschränkter Koalitionsfreiheit gewährleistet“, worin das Streikrecht eingeschlossen ist, nicht. Das Vorhaben der Regierungen wird an der tatsächlichen Entwicklung scheitern. Nach und nach werden sie einsehen müssen, daß nur die reiflose Anerkennung der Beamtengewerkschaften, Ausbau des Kollektiv- arbeitsvertrages auf dem Grundsatze der Gegenseitigkeit und Mit- bestimmungsrecht bei allen Dienstangelegenheiten aus dem Dilemma herauszuführen kann. Das fordert klar und deutlich Richard Seidel, der zum Schluß dafür eintritt, daß die Beamten- vorrechte — Pension usw. — dadurch gegenstandslos gemacht werden sollen, daß die Beamten mit den Arbeitern und Angestellten dasselbe Recht für alle Arbeitnehmer erkämpfen, eine Auffassung, die wir nicht ohne weiteres teilen können. Sind wir auch mit diesem Ziel einverstanden, so scheint uns doch der Weg über die Anstellung neuer Beamter auf Zweijahresvertrag, was die Be- amten ohne weiteres an die Seite der Privatbeamten stellen würde, eher erreichbar. Die Vorrechte der Beamten richten zwischen diesen und den Privatangestellten und Arbeitern immer wieder Hindernisse auf.

Das Seidelsche Schriftchen regt zum Nachdenken an, seine An- schaffung ist allen Gewerkschaftern zu empfehlen.

Antenz auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Die Vorstände des ADGB und des Afa-Bundes haben dem Reichsarbeitsminister einen Antrag auf weitere Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerbslose unterbreitet. Die letzte Er- höhung trat Mitte Februar d. J. in Kraft. Sie betrug den Tageslohn in der höchsten Ortsklasse für Verheiratete auf 18,50 M., für Ledige auf 15 M. und für Männer unter 21 Jahren auf 10 M.; für Frauen betragen diese Sätze 15, 10 oder 8 M. Durch die seit der letzten Erhöhung eingetretene weitere Geldentwertung sind diese Unterstützungssätze durchaus ungenügend geworden. Es ist zu erwarten, daß die Regierung dem Antrag auf Erhöhung baldigst zustimmt.

Streik der Maler bei der Städtischen Wohnungsbau-Gesellschaft.

In den Streik getreten sind am Dienstag früh die Maler auf den Arbeitsstellen der Städtischen Wohnungsbau-Gesellschaft. Die Kollegen haben vollste Solidarität zu üben und die Ausführung von Malerarbeiten auch dann abzulehnen, wenn sie von anderen Unternehmern ausgeführt werden sollen.

Verband der Maler, Lackierer und Anstreicher.

Die Streikleitung.

Der Grund zum Streik ist folgender: Der Maler F., der Mit- glied des Betriebsrats bei der Städtischen Baugesellschaft ist, ar- beitete auf der Baustelle Biederstraße. Weil dort die Arbeit knapp wurde, erfolgte durch den Leiter des Malerbetriebes seine Über- weisung nach der Arbeitsstelle Städtische Tischlerei in Leipzig- Gohlis, die in unmittelbarer Nähe der Wohnung von F. liegt.

F. weigerte sich beharrlich, dieser Aufforderung nachzukommen, es wurde ihm deshalb am 19. Januar gefeuert. Bei beiden jetzigen guten Willen hätte sich damals wohl eine andre Re- gung finden lassen, zumal der Schlichtungsausschuß anerkannt hat, daß in der Entlassung eine unbillige Härte liegt und auf der an- dern Seite der Betriebsrat betrübs seiner Zustimmung eine un- klare Haltung einnahm. Der Schlichtungsausschuß schloß am 14. März die Entscheidung, daß F. entweder wieder einzustellen, oder daß ihm 14 Tage Lohn ausbezahlt sind. Der Ausschluß der Städtischen Baugesellschaft entschied sich für das Letztere. Er ging dabei von der Auffassung aus, daß auch in den städtischen Betrieben soviel Disziplin herrschen muß, daß ein ordnungsge- mäßes Arbeiten gewährleistet wird, daß das Verhalten F.s aber nicht dazu geeignet sei, dies zu ermöglichen.

Die Maler erklärten sich zwar mit dem Schiedspruch einver- standen, aber nur in seinem ersten Teil: sie verlangten die Wieder- einstellung F.s. Die Maler glaubten in der Entlassung F.s eine Maßregelung wegen dessen Tätigkeit als Betriebsrat erblicken zu müssen. Da der Grund zur Entlassung F.s in der Weigerung liegt, sich den Anordnungen des Betriebsleiters des Malerbetriebs zu fügen, der selbst Vertrauensmann des Malerverbandes ist, und da weiter auch nicht der Gesamtbetriebsrat wegen des vermeintlich zugefügten Unrechts angerufen wurde, ist die Position der Maler sehr schwach. Bei ruhiger Ueberlegung und Ent- gegenkommen auf beiden Seiten hätte sich eine Basis finden lassen müssen, auf der eine Einigung möglich gewesen wäre. Die letzten beiden bei dem Streik sind doch nur die Gräner des städti- schen Betriebs, die hoffen, aus der Differenz Kapital für sich schlagen zu können. Die Maler sollten bei allen ihren Handlun- gen sich dies vor Augen halten. Die Leipziger Arbeiterkammer wird es ganz besonders bekümmern, daß es wegen der Angelegenheit jetzt noch zum Streik gekommen ist, um so mehr, als F. schon seit langem in einem andern Betrieb arbeitet.

Es ist zu hoffen, daß bald eine Einigung erzielt wird, damit der Wohnungsbau nicht unnötig lahmgelegt wird.

Zum Explosionsunfall bei der Firma Frisch Schule u. Co. in Lindenu erhalten wir eine Zuschrift, in der zwei Rechtsanwältler des Firmeninhabers mitteilen, daß sie auf Wunsch des Betriebs- abmannes eine Befragungsuntersuchung geleitet haben, in der folgendes festgestellt worden ist: 1. Die Belegschaft hat weder früher noch gegenwärtig länger als 8 Stunden je Woche gearbeitet, sie hat auch niemals an Sonntagen gearbeitet. 2. Herr Schulze hatte seinen Arbeiterbesatz unter ihre privaten Arbeiten nach Schluß der Arbeitszeit oder an Sonntagen in seinen Werkräumen auszuschießen, um zu vermeiden, daß die Arbeiter während der Arbeitszeit unter der Hand auszuschießen wurden. Von dieser Er- laubnis haben einzelne Arbeiter wiederholt Gebrauch gemacht. 3. Verbrände sind zur Zeit bei der Firma Frisch Schule u. Co. nicht beschäftigt. Die Belegschaft besteht hauptsächlich aus gelehrten langjährigen Facharbeitern und Facharbeiterinnen. Einige Dite- rinnen sind kürzlich zu letzten Arbeiten angenommen worden, wie dies in jedem anderen Betrieb auch üblich ist. 4. Ein Teil des Ganges auf dem Hofe ist deshalb überdacht worden, um die Hände dort lagernden Ästen vor Regen und Schnee zu schützen. 5. Zwei Fenster des Arbeitsraumes sind deshalb blind gemacht worden, um das Augenmerk der Arbeiter nicht von der Arbeit an den Stansen auf den Außenverföhr abzulenken und somit Unfälle zu verhindern. 6. Auch am Sonntag, dem 20. März 1922, hatte die Belegschaft weder voll noch teilweise gearbeitet, lediglich Herr Schulze (der Inhaber) allein hatte im Betriebe gearbeitet. 7. Nach einer eingehenden Untersuchung eines Arbeiters hatte der tödlich verunglückte Vorarbeiter, Herr Döring (der Schwager des Herrn Schulze) trotz allgemein bekannt gewesenen Rauchverbots einige Sekunden vor der Explosion des Trodenofens mit brennender Zigarette vor diesem hantiert. 8. Herr Döring war niemals bei der Firma Frisch Schule u. Co. beschäftigt und hat die Betriebs- räume noch nie betreten.

Tarifverhandlungen mit den Zeitungsträgerinnen. Zwischen dem Transportarbeiterverband, Verwaltungsstelle Leipzig, und den Leipziger Zeitungsträgerinnen ist am Montag, dem 24. April 1922, über die neuen Forderungen der Zeitungsträgerinnen ver- handelt worden. Nach schwierigen Verhandlungen bewilligten die Zeitungsträger eine Erhöhung um 20 Prozent des jetzigen Lohnes von 2,25 M. pro Stück für ledernacht wöchentlich und 2 M. für ledernacht wöchentlich erscheinende Zeitungen auf 3,50 M. bzw. 3 M. ab 1. Mai unter der Voraussetzung, daß der Vertrag sofort abgeschlossen werde. Ferner wurde das Wagnisgeld erhöht. Die Verhandlungskommission der Zeitungsträgerinnen erklärte, daß sie zum Abschluß des Vertrages neue Vollmachten einholen müsse. Es ist zu hoffen, daß die Zeitungsträgerinnen das Angebot der Zeitungsträger annehmen und die Auszahlung der Zeitungen in der bisherigen Weise sicherstellen.

Der Stand der Valuta.

Wöchentliche Mittagskurse.

Es kosteten in Berlin.	Wert		
	1.7.14	24.4.22	25.4.22
1 amerikanischer Dollar	4,12	255,68	252,18
1 englischer Pfund Sterling	20,43	1128,55	1113,60
100 holländische Gulden	169,00	9762,75	9563,00
100 schwedische Kronen	112,50	6641,85	6546,80
100 Schweizer Franken	81,00	4978,75	4803,85
100 französische Franken	81,00	2397,00	2339,55
100 belgische Franken	81,00	2197,25	2147,30
100 italienische Lire	41,00	1394,25	1363,25
100 deutsche Mark	85,00	3,38	3,14
100 tschechisch-slowakische Kronen	—	500,35	498,35
100 ungarische Kronen	—	34,85	34,85

Heutiger Vormittagskurs.

Vormittags 11 Uhr: 1 Dollar = 282 M.

Von Nah und Fern.

Die Methallkoholvergiftungen in Hamburg.

Hamburg, 25. April. In der Methallkoholvergiftung auf dem Dampfer Watsones ist noch zu melden, daß inzwischen drei weitere Arbeiter gestorben sind, so daß sich die Zahl der Todes- opfer auf neun erhöht. Eine große Zahl von Arbeitern, die eben- falls von dem Methallkohol genossen hatten, schweben noch in Lebensgefahr. Die Untersuchung ist dadurch sehr erwidert, daß auch viele Arbeiter, die auf Nachbarhöfen tätig waren, von dem Inhalte der led gewordenen Wasser getrunken haben. Man be- fürchtet, daß die Zahl der Toten sich noch weiter erhöhen wird.

Große Eisenbahn Diebstähle in Erfurt.

Erfurt, 26. April. Der Oberleitungsleiter P. B. B. der Eisen- bahnhauptamt Karl Schneider und weitere sechs Personen sind wegen fortgesetzter seit 1917 begangener Eisenbahn Diebstähle verhaftet worden. Die Verhafteten haben Waren im Werte von annähernd einer Million Mark gestohlen.

Die Munitionsexplosion in Monastir.

Besarab, 26. April. Bei der Explosion in Monastir wurden, wie festgestellt ist, fünf Soldaten und sechs Zivilpersonen getötet. (Die früheren Meldungen, die über viele Hunderte von Toten be- richteten, waren also fast übertrieben.) Nach Meinung der Sach- verständigen wurde die Explosion durch atmosphärische Einwirkung auf den Sprengstoff hervorgerufen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Heinrich Fleischer in Leipzig.

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Jugo Seppand, Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.



Diese Nummer umfasst 8 Seiten.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 26. April.

Parteiangelegenheiten.

Parteileitung.

Freitag, den 28. April, nachmittags 5 Uhr (nach der Generalversammlung der Leipziger Buchdrucker K.-G.) Sitzung im Volkshaus.

Zu der Kreisvorstandssitzung von Groß-Leipzig, die morgen (Donnerstag) 1/8 Uhr im Sekretariat stattfindet, sind die alten und die neugewählten Vorstandsmitglieder eingeladen.

Leipzig-Df. Der Diskussionsabend findet am Donnerstag, abends 1/8 Uhr, im Bibliothekszimmer des Vereins statt.

Klein-Kocher. Donnerstag, abends 8 Uhr, in der Terrasse Frauenabend. Gäste willkommen. — 9 Uhr Vorstandssitzung in der Bibliothek.

Thonberg-Neureuditz. Beisitzer am Freitag, 5 Uhr, in der Bibliothek. — Der Kursus findet morgen Donnerstag, abends 7 Uhr, in der Schule, Vorfrage, statt. Thema: Die Entwicklung der Religion.

Gruppe VI. Graphische Industrie. Heute abend 7 Uhr Gruppenversammlung im Volkshaus.

Gruppe VII. Holzindustrie. Heute abend 7 Uhr Gruppenversammlung im Volkshaus.

Frauen, rüftet zur Maiseier!

Lang und tröstlos war der Winter und hungernd und frierend warten wir auf den Frühling, der scheinbar in diesem Jahr nicht kommen will. Wie vielgewaltig lastet die Teuerung auf der Arbeiterklasse, besonders aber auf den Frauen, die verpflichtet sind, mit dem auszukommen, was der Ernährer als Lohn heimbringt. Man spricht wenig davon, was die Frauen unter den entsetzlichen Zuständen ertragen. Still und ohne Klagen nehmen sie es hin. Die Trostlosigkeit des Zustandes ist erschütternd, weil sie die Seelen zermürbt und die Leiber zerbricht, weil sie sich nicht ausläßt in trotzigem Aufbegehren, sondern in dumpfem, gleichgültigem Dahindämmern sich vollzieht.

Kann man sein Elend wenden, wenn man es bejammert oder gleichmütig hinnimmt?

Nein! Kraftvoll in die eigenen Hände muß man es nehmen und zu meistern versuchen!

In wenig Tagen werden Millionen Männer und Frauen in allen Ländern der Welt ihren Willen kund tun gegen Unterdrückung und Ausbeutung, gegen Not und Elend. Ihr Kampf wird sich stärken beim Anblick der gewaltigen Massen, die ein Willen befehlen, ein Ziel besitzen sie selbst sind. Hier, in diesen Reihen ist dein Platz an diesem Tage, du Proletarierin, die du das schwerste Joch der Menschheit trägst.

Noch zu wenige jedoch erkennen, daß die Umgestaltung der menschlichen Gesellschaft nicht ein Kampf der Männer, sondern der Menschheit ist. Die große Masse der Frauen blieb bisher unseren Demonstrationen fern. Festgebunden in ihren engen vier Wänden, in Fabriken, Kontoren und hinter dem Ladentisch spürte sie nichts von dem gewaltigsten aller Feiertage, dem 1. Mai.

In diesem Jahre ist die Bedeutung unserer Demonstrationen größer als je. Nach jahrelangem Getrenntsein sehen wir die ersten Schimmer einer geeinten Internationalen aller sozialistischen Parteien. Die gemeinsame Not der Proletarier aller Länder brachte diesen Schritt zustande.

Darum kommt zu uns, ihr Frauen und Mädchen. Zeigt, daß auch ihr den Willen habt zu handeln. Es wird euch ein tiefes, unvergeßliches Erlebnis sein, aus dem ihr Mut, Kraft und Begeisterung schöpfen werdet. Aus Dulderrinnen müßt ihr Kämpferinnen werden.

Stellt an diesem Tage eure kleinlichen Alltagsorgen beiseite. Erzählt euren Kindern von dem Wälfert. Es wird tief in ihren Seelen wurzeln und sie mit Ehrfurcht erfüllen vor der Erhabenheit dieses Geschehens.

Rüftet die Säuglinge auf und ruft ihnen zu: Frauen heraus zur Demonstration am 1. Mai!

Eine neue Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise.

Ueber die schon angekündigte weitere Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise hat der Rat eine Vorlage ausgearbeitet, in der er berechnet, daß durch neue Lohnerhöhungen für die Straßenbahnarbeiter, für Beamtensoldatung, für Material und für die Verkehrssteuer ein Fehlbetrag von rund 47 Millionen Mk. entsteht.

Zur Bedeckung dieses Fehlbetrages macht der Rat den Vorschlag, die Fahrpreise in folgender Weise zu erhöhen:

Table with 2 columns: Category and Price. Includes entries for Einzelsahrt ohne Umsteigen (3.- Mk.), Fahrkarte für 8 Fahrten (21.- Mk.), Fahrkarte für Kinder (1.20 Mk.), etc.

Die Zuschläge von 9 Uhr abends ab und Sonntags sollen wie bisher 50 Pfg. betragen, dagegen sollen die Nachzuschläge von 12 Uhr ab um 1 Mk. erhöht werden.

„Genua und die Arbeiterchaft“ Ueber dieses Thema spricht am Freitag, abends 7 Uhr, Genosse Friedrich Seger in einer öffentl. Volksversammlung im Neuen Gasthof in Leipzig-Gohlis.

Bei der Beratung der letzten Fahrpreiserhöhung hatten die Stadtverordneten unter anderem auch verlangt, daß Wochenkarten für 22 Fahrten auch mit Umsteigeberechtigung ausgegeben würden. Dazu schreibt der Rat:

Die Nachfrage nach den 22-Fahrten-Wochenkarten ist überraschend gering und beträgt nur 0,8 Prozent der übrigen einfachen 12-Fahrten-Karten. Es muß angenommen werden, daß das gleiche Verhältnis auch bei den Umsteigewochenkarten eintritt. Da die Zahl der mit Umsteigeberechtigung ausgegebenen Wochenkarten nur rund 1/4 aller ausgegebenen Wochenkarten erreicht, würde demnach mit einem wöchentlichen Umsatz von etwa 75 Karten mit Umsteigeberechtigung für 22 Fahrten zu rechnen sein, so daß kaum die entstehenden Aufwendungen für die Drucklegung usw. dieser Karten gedeckt werden. Da außerdem ihre Kontrolle erschwerend mit sich bringt, haben wir beschlossen, von der Einführung von Wochenkarten zu 22 Fahrten, die Umsteigeberechtigung einzuschließen, Abstand zu nehmen.

Zu dem Erluchen der Stadtverordneten, die Gültigkeit der Wochenkarten für Nachtarbeiter auch auf die Zeit nach 12 Uhr nachts ausdehnen, nimmt der Rat eine ablehnende Haltung ein. Bei den erheblichen Kosten, die der Nachtwagenbetrieb schon verursacht, befürchtet der Rat eine weitere Kostensteigerung, weil der Betrieb infolge der Freigabe für Wochenkarten entsprechend vergrößert werden müßte, ohne daß durch Mehreinnahmen ein Ausgleich geschaffen würde. Für die Gashausangelegten kämen die Nachtwagen aber fast gar nicht in Frage, da die Abfahrt der letzten Wagen mit Schluß der Vollzeitsunde zusammenfällt. Der Rat erklärt dann weiter u. a.: „Der Nachtwagenbetrieb bringt gegenwärtig zwar gewisse Ueberflüsse, die aber nur dadurch er-

reicht werden, daß der Verkehr der Zahl der Fahrgäste angepaßt ist und die Fahrgäste die hohen Tarife zahlen, doch ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß, wenn die Zahl der Nachtwagen aus Rücksicht auf die Wochenkarteninhaber vergrößert werden muß, dadurch erhebliche Zuschüsse nötig werden, wie sie schon jetzt aus den gleichen Gründen in den Abendstunden von 9 bis 12 Uhr erforderlich sind.“

Die von den Stadtverordneten gewünschte Ausdehnung der den Kriegsbeschädigten eingeräumten Vorzugsfahrpreise auf die Schwerunfallverletzten lehnt der Rat ab, weil damit sehr große Einnahmeausfälle verbunden seien.

Am Schluß seiner Vorlage schreibt der Rat: „Wir rechnen damit, daß bei unveränderter Durchführung unserer Vorschläge und dem Fortbestehen des günstigen wirtschaftlichen Beschäftigungsstandes Mehreinnahmen aus dem vorgeschlagenen Tarife in Höhe von 35 200 000 Mk. eintreten. Es würde somit gegenüber dem Mehrbedarf ein weiterer Fehlbetrag von 11 800 000 Mk. entstehen. Diesen gedecken wir durch bestimmte Sparmaßnahmen, insbesondere durch Hebung der Arbeitsleistung infolge Abminderung der Anwesenheit an den Endstellen, Einschränkung des Vorbereitungs- und Abschlußdienstes u. a. zu versichern.“

Die „Hebung der Arbeitsleistung“ soll hoffentlich nicht eine erhöhte Ausbeutung des Personals zu Folge haben, denn auf Kosten des Personals kann und darf der Fehlbetrag der Straßenbahn nicht gedeckt werden.

Die Volkshochschule.

Das NBB schreibt: Der Arbeitsplan der umstrittenen Volkshochschule, die Anfang Mai mit ihrer neuorientierten Tätigkeit beginnt, liegt nunmehr gedruckt vor. Die Lehrgänge sind in vier große Gebiete gegliedert: 1. Grundfragen des geistigen Lebens; 2. Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens; 3. Naturerkenntnis; 4. Kunst und Literatur. Unserer Arbeiterschaft können die nachstehenden Lehrgänge besonders empfohlen werden:

Arbeitsstätte Mitte.

- Dr. Richter: Recht des Arbeiters. 7 Abende = 14 Mk. Beginn Montag, 8. Mai, in der Universität.
Dr. Rothe: Bedeutung der Naturwissenschaften für Kultur und Technik. 6 Abende = 12 Mk. Beginn Freitag, 5. Mai, im Physikalischen Institut.
Dr. Weber: Das astronomische Weltbild von den Anfängen bis zur Gegenwart. 7 Abende = 14 Mk. Beginn Donnerstag, 4. Mai, in der Universität.
Lehrer Buch: Geschichte des Heimatbodens. 7 Abende = 14 Mk. Beginn Dienstag, 9. Mai, im Heimatmuseum.

Arbeitsstätte Neuditz (II. Realschule, Kohlgartenstraße).

- Dr. Ertes: Einführung in die Gesellschaftswissenschaften. 7 Abende = 14 Mk. Beginn Montag, 8. Mai.
Otto Jensen: Wirtschaftsformen des 19. Jahrhunderts. 7 Abende = 14 Mk. Beginn Sonnabend, 6. Mai.
Dr. Riemann: Geschichte der letzten 100 Jahre. 8 Abende = 16 Mk. Beginn Freitag, 5. Mai.
Adele Lugenberg: Deutsche Arbeiterdichtung des 20. Jahrhunderts. 7 Abende = 14 Mk. Beginn Donnerstag, 4. Mai.

Arbeitsstätte Bindenau (IV. Realschule, Kanzerstraße 4).

- Prof. Dr. Janko: Das Recht des Arbeiters. 8 Abende = 16 Mk. Beginn Freitag, 5. Mai.
Dr. Braunschweig: Grundbegriffe der Wirtschaftslehre. 7 Abende = 14 Mk. Beginn Sonnabend, 6. Mai.
Dr. Jahn: Geschichte der letzten 100 Jahre. 7 Abende = 14 Mk. Beginn Dienstag, 9. Mai.
Oskar Greiner: Arbeit und Arbeiter in der neueren Kunst. 8 Abende = 16 Mk. Beginn Mittwoch, 3. Mai.
Dr. Jahn: Die gesellschaftlichen Gegensätze als dramatischer Stoff. 8 Abende = 16 Mk. Beginn Freitag, 5. Mai.
Hans Zeise-Gött: Die Arbeiterdichtung des 19. Jahrhunderts. 8 Abende = 16 Mk. Beginn Mittwoch, 3. Mai.

Näheres ist aus den Arbeitsplänen, die zum Preise von 2,50 Mk. in den Filialen der Volkszeitung erhältlich sind, zu erfahren. Teilnehmertarten zu den Lehrgängen können in der Geschäftsstelle des Arbeiterbildungsinstituts, Braustraße 17, in den Volkszeitungsfilialen Ost und Bindenau entnommen werden.

Ratsbeschlüsse.

Der Rat und der Waffensund in der Nonnenmühlgasse. Man nahm Kenntnis von dem Bericht des Leiters des Polizeiamts über die Waffensbeschagnahme im Grundstück Nonnenmühlgasse 10. Dieses steht zwar im Eigentum der Stadt Leipzig; der Raum, worin die beschagnahmten Waffen aufbewahrt worden sind, ist aber nie von der Stadt selbst benutzt worden, war vielmehr mit einer Wohnung an eine private Person vermietet und von dieser an den Leiter der Schuljahrklinik Zimmermann weitervermietet. Es handelt sich sonach bei dem Waffensaufbewahrungsort nicht, wie in Berichten hiesiger Tageszeitungen behauptet worden ist, um „städtische“ Räume (das sagt der Rat! Red. d. L. V.). Inwieweit der früher in Leipzig als Schuljahrarzt beschäftigt gewesene, jetzt in Dresden tätige Dr. Prager in die Waffensangelegenheit verwickelt ist, unterliegt zur Zeit noch amtlicher Untersuchung.

Ueber 35 Millionen Mark Mehraufwand durch Lohnerhöhungen. Durch Schiedspruch des Zentralausschusses für Arbeitertariffachen der Gemeinden in Berlin sind die Löhne und Kinderbeihilfen

Großstadt.

Das Bildnis einer Seele. Von Max Dorn.

16] Nachdruck verboten.

Kaffeeklaus.

Ich bin gestiegen. Ich bin avanciert. Vom Bierhausteller bin ich zum Kaffeekauskeller aufgestiegen. Ich trage keine Krüge und keine Butterbrötchen mehr aus — nein! Auf silbernen Tabletten balanciere ich hohe Kelchgläser mit Schlaghahn und mit Eiercreme. Ich beglücke hierliche Damen mit gelbroten Fruchtorten, mit glanzbraunen Mohrenköpfen und mit Eierkuchen und mit Mandel- und Rosinenschnitten. Das ist ein sehr luxuriöses Kaffeekaus, in dem ich beschäftigt bin. Es ist eine Konditorei und ein Tagescafé. Die großen Spiegelscheiben sind durch japanische Seidenvorhänge gegen die neugierig-neidischen Blicke der lebhaften Verkehrsstraße gut geschützt. Es gibt hübsche Sammetnischen. Geschmückt mit künstlichen Palmen und mit weißen Rosen — von geripptem Seidenpapier. Marmorischen. Seltene Marmorarten! Gelfeladiger Marmor aus Sizilien. Marmor aus Carrara. Und rotgrauer Schwedenmarmor. Und Venezianer Marmor — der auf grünblauem Grund rot makelt ist — ein hübsches Morgenrot. Das bedeutungsvollste im großen tuchendustenden Hallenraum ist aber das Büfett. Dieses Büfett ist ein Hochaltar. Hundert Aldelgegenstände glitzern wie segnendes Kerzenlicht. Und aus Bergen und Hügeln von Kuchen steigt der Weihrauch — der Weihrauch, der den Magen der immergrünen Großstadtmenschen heilig umraucht. Beisitzerinnen des lullulischen Hochaltars sind zwei schlanke Mädchen. Eine hat ihr blondes Haar rotbraun gefärbt — und die andere verdeckt irgendeine Urfarbe ihrer aufgerollten Mähne mit schwarzer Schwarzgallantur.

Diese beiden schlanken Büfettmädchen haben hundert Gesichter. Ihr Inneres ist aufschließbar — der Schlüssel zu ihrem Innern ist eine starkgefüllte Briefstasche — wie die ihr Schein inneres aufschließt, so lächeln, irrisieren, bejahren, versprechen und lägen die hundert falschen Gesichter der beiden jungen Damen, die hinter den duffenden Kuchengebirgen schalten und walten.

Habe ich ein Recht so zu sprechen? Bin nicht auch ich der große Verwandlungskünstler? Ja, das schon — aber doch gibt es einen Unterschied zwischen mir und jenen — — — Ich leide unter meiner Zerrissenheit — ich kämpfe in mir!

Und wer sagt mir denn, daß jene beiden Mädchen anders seien wie ich? Sind sie nicht Proletarierinnen, gehören sie nicht meiner eigenen Klasse an? Trütern nicht auch in ihren Augen zuweilen kleine Sternchen? Die wie Zerrichter hinter einer unbekanntem Sehnsucht schwankend einherspringen?

O — wir wissen nichts voneinander! Wir kennen uns selber nicht! einmal — wir sind uns selber das ewiggroße Rätsel. Wie dürfen wir uns den Nächsten aus seinen Handlungen erklären wollen, wenn unsre eigenen Handlungen uns dunkel und unverständlich bleiben?

O — der Mensch, er ist das Größtunvollkommene! Hier habe ich Gelegenheit, die Großstadtmenschen zu beobachten.

Es ist Nachmittag. Es spielt Konzert. Strauß tanzt. Suppé geht im Park spazieren — unter duffenden Linden — Wien summen.

Spanische Gärten tauchen auf. Und russische Schneefelder hauchen grübelnde Wehmut aus. Roms Paläste sind Würdergraben. Griechische Tempel stehen heroisch auf dem Hintergrunde eines grünblauen Vornmittagsimmels.

Mexico verortnet in den dunkeligen Kaffeen. Und doch blühen diese Kaffeen — — selbstrot wie die Bluse jener Kofolite.

Hier wechselt Bild um Bild. Da kommen bürgerliche Hausfrauen. Mit fatten Gesichtern — die aber gelstig unbefriedigt sind.

Und Künstler kommen. Künstler mit ganz kurz geschnittenem Haar. Künstler mit Feuer in den Augen. Künstler mit wilden, revolutionären Blicken. Wie ihr Blick mich manchmal fragend streift — — ob sie wohl meine tausend Seelen und deren zingens des Verzweiflungsspiel ahnen?

Ich weiß es nicht! Ich will nichts mehr wissen. Ich will leben, leben! Aber mein Leben hier als Kaffeekauskeller — ist es nicht so recht eigentlich ein Irrenst? Ich verdiene viel Geld — ich habe mir bereits Scheine großen Formats unter der Papierenlage meines Nachtschranks verstekt — — ich will vorwärts — vorwärts auf der Leiter der Bekleidenden.

Ich will hinter das Gild her! Ich bin ein großer, großer Narr! Gibt es denn hier in dieser freisinnigen Großstadt überhaupt Gild?

Es ist Frühling. Es ist reifer April. Ich aber beglücke mein Herz kaum mit dem roten Ruch einer abenddurchglühten hohen Wolke.

O ich bin verloren!

Ja — — — Ja — wohin werde ich noch kommen? (Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Vom Film. Im Leipziger Filmleben gab es am Freitag sozusagen ein Ereignis. In den Emma-Palast-Vischspielen wurde ein Leipziger Film vorgeführt, ein Ereignis der Orient-Film-Gesellschaft, die trotz ihres erotischen Namens ein Leipziger Betrieb ist. Dieser Film zeigt alle Bekannte — Leipziger Vertikaleiten und Leipziger Künstler. Fritz Reiff, Wilhelm Engl, Stella David, Herbert Hübner, Robert Biet und Mitglieder des Operetten-Theater-Chors treten einem auf der Leinwand entgegen, ebenso wie der Leipziger Hauptbahnhof, ein Haus am Rathausring usw. Das Filmmäßige ist nun aber, daß diese Leipziger Vertikaleiten

der städtischen Arbeiter mit Wirkung vom 1. bzw. 16. April d. J. ab erhöht worden. Der dadurch auf das Rechnungsjahr 1922 entfallende Mehraufwand von 35 600 000 M. wurde vorbehaltlich der Berechnung auf die einzelnen Konten bewilligt. Zustimmung der Stadtverordneten ist einzuholen.

Mittel für die städtischen Krippen. Der Nachbewilligung eines Berechnungsgeldes von 340 000 M. für Beschaffung von Einrichtungsgegenständen, Möbeln, Betten usw. für die am 1. Januar 1922 in den Betrieb der Stadtgemeinde übergegangenen Krippen und von 33 583,90 M. zur Deckung des Zehntbetrags des Betriebs der Krippen bis Ende 1921, ferner der Vermehrung der Pflegestellen in den Krippen II (Lindenau) und IV (Gutrich) und demgemäß Nachbewilligung von 34 500 M. für einmalige Anschaffungen und bauliche Veränderungen, sowie von 63 000 M. für laufende Ausgaben, denen 43 000 M. Einnahmen gegenüberstehen, wurde zugestimmt.

Ferner wurde der Bewilligung von 100 450 M. für Altkassenverbänden in der Wohnausstellung Modan und der Bewilligung von 110 000 M. für Herichtung und Verlebung der Einriebelung des Spielplatzes des Turn- und Sportvereins von 1867 e. V. an der Alten Elster zugestimmt.

Zum Leiter des Ratofifers, der am 1. Oktober d. J. in städtischen Eigenbetrieb übernommen wird, wurde der früher im Hotel Stadt Freiberg längere Zeit tätig gewesene Herr Hugo Henke gewählt.

Weiter wurden bewilligt 67 000 M. für Einrichtung eines Arbeitschulgartens für die 35. Volksschule L. Gohlis und 38 000 M. für Einrichtung von drei Lehrzimmern für die höhere Schule für Frauenberufe im Schulgebäude Vestingstr. 23/27. — Endlich stimmte man der Nachbewilligung von 144 862 M. und 1 378 477 M., insgesamt 1 523 339 M. Mehrausgaben für Bauarbeiten in den Schulen zu. — Zustimmung der Stadtverordneten ist einzuholen. — Zur Verlegung der Düngrstätte und Neuanlage der Jauchengrube im Vorwerk Neusdorf wurde ein Berechnungsgeld von 300 000 M. bewilligt.

Musterhauswirts. Zu dieser in der Nummer vom 8. März enthaltenen Notiz sendet uns Herr Stadtverordneter Krimm ein längeres Schreiben, in dem er folgendes feststellt: Das betreffende Grundstück wird nicht von ihm persönlich, sondern von der Firma Keimann u. Krimm, deren Mitinhaber er ist, verwaltert. Das Grundstück gehört einem Kriegsteilnehmer, dessen Eigentum kein Mieter gekaufte habe. So sei ein neues Hausstück schon nach drei Tagen wieder verschunden. Sämtliche Wohnungen sind vor dem Kriege unter schweren Opfern hergerichtet. Nach dem Kriege hat die Stadt ein Kapital von 15 000 M. zur Verrechnung zur Verfügung gestellt, um die schlimmsten Mängel zu beseitigen. Anfang Februar habe Herr Krimm nach wiederholtem schriftlichem Drängen um Verschleissung festgestellt, daß das Wohnungsprogramm schon 12 000 M. verbaut habe, ohne die dringenden Mängel beseitigt zu haben. Seit Übernahme des Grundstücks in Verwaltung der Firma seien insgesamt 28 000 M. für Reparaturen ausgegeben worden. Schon im März 1921 habe die Firma beim Baupolizeiamt die Verfertigung des baufälligen Grundstücks gefordert und jede Haftung für etwaige Anlässe abgelehnt. So sei auch dem Rat vorgeschlagen, zu günstigen Bedingungen angeboten worden. Die Firma erklärt sich bereit, dem Einlenker der betreffenden Notiz jederzeit aus den Akten die Wahrheit dieser Angaben und die Berechtigung der Mietpreisfestsetzungen nachzuweisen.

Barrellose Steuerzahlung. Wer seine Steuer durch eine Ueberweisung von seinem Bank- oder Postkonten, durch eine Einzahlung auf das Postkonten des Steueramts, durch Postanweisung oder durch Einbindung eines Schecks begleicht, hat dabei außer seinem vollen Namen und seiner Wohnung stets die auf seinem Steuerbescheid vermerkten Buchungsnummern genau anzugeben und die Steuerhülle zu beschriften (zum Beispiel: Einkommensteuer 1920, Gewerbesteuer 1921, Luxussteuer usw.). Mangelhafte Angaben haben regelmäßig Rückfragen und Verzögerungen zur Folge, auch Verwechslungen sind nicht ausgeschlossen. Steuerzahler und Steuerbehörde sind gleich stark daran interessiert, daß diese Mißverständnisse vermieden werden.

Reichs-Monats-Meldebefreiung für meldepflichtige Betriebe. Die Reichs-Monats-Meldebefreiung für Monat Mai, für Betriebe mit einem vom Landesobstamt Dresden anerkannten monatlichen Brennstoffverbrauch, sind beim hiesigen Kohlenamt eingetroffen und können Harzstraße 3, II., während der Verkehrsstunden von 1/8 bis 1/1 Uhr entnommen werden.

Die Einschlagungsgelder betragen sich: 1. für Hiesige a) bei einem Befaltungsaufwand bis 1200 M. auf 100 M., b) bei einem Befaltungsaufwand bis 1500 M. auf 150 M., c) bei einem Befaltungsaufwand über 1500 M. auf 300 M.; 2. für die Einwohner der Amtshauptmannschaft Leipzig auf diese Beträge mit einem Zuschlag von je 50 Prozent; 3. für die Bewohner der ferneren Bezirke der Kreisshauptmannschaft Leipzig auf je 450 M.; 4. für alle übrigen Auswärtigen aber auf 600 M. Jeder einfache Wohnbesitzer kostet 65 M.

Die weiße Seuche in Markranstädt. Der Film über die weiße Seuche wird Donnerstag, den 27. April, abends 1/8 Uhr, im Thüringer Hof in Markranstädt gegeben. Wir erwarten die Unterstützung der gesamten Einwohnerschaft.

Der Bildungsausschuß

Der Verband Volksgesundheit, Zentralorganisation zur Förderung persönlicher und sozialer Gesundheitspflege in den Kreisen der organisierten deutschen Arbeiterschaft, teilt uns mit, daß er mit dem Gesundheitsrat Groß-Leipzig in seinen Beziehungen steht und daß man überhaupt nicht versucht hat, ihn für das Kartell zu gewinnen.

feiten eben nicht Leipziger Boden, sondern Italien darstellen sollen, daß unsere Leipziger Künstler Italiens nicht spielen. Ein Film, der etwas vorstellen will, muß offenbar etwas Fremdbändisches haben. Vielleicht ist das aber auch Rücksicht, allwieweil in unserer guten Pflichtenstadt natürlich solche schauerlich-schönen Geschehnisse nicht passieren können, da es hier nur tolle Borden und nicht solche Stellen raffiniert-luxuriöser Anmut gibt, wie sie die Laßerhöflichkeit des hochschwarzen Böhmischen Cortes aufweist. „Auf den Spuren des weißen Sklavenhandels“ heißt dieses Werk, für das Herr Linke verantwortlich zeichnet. Wer da glaubt, daß es um einen ernsthaften Kampf gegen den Mädchenhandel geht, irrt sich. Der Titel ist nur der Vorwand, um eine melodramatische Koh-Mahlerlei vorzubildern, in der das göttliche Malten sich u. a. darin zeigt, daß eine in den Sumpf der Großstadt Gestohlene plötzlich durch das Vermächtnis eines alten Geiztragens von Baronin zur reichen Lebendame wird usw.

Die Bühnen-Künstlerwelt Leipzigs beehrte die Erstaufführung des Werkes mit ihrer Anwesenheit und sah sich die Kollegen und Kolleginnen interessiert auf der Leinwand an. Unseres war weniger rechtlich gestimmt. Daß das Älteren vor dem Kurzeck der Schauspielkunst nicht günstig ist, zeigen uns gerade wieder die Leistungen guter Schauspielkünstler in diesem Werke. Und in einer Berliner Kritik aus jüngst die Klage, daß seit dem Beginn der Film-Ära der Berliner Schauspieler keine mehr zu finden sind, die leise und intim zu spielen verstehen.

Interessant waren einige Beobachtungen im Zuschauerraum. Zwei Damen in meiner Nachbarschaft entrüsteten sich darüber, daß ich mir erlaube, den Inhalt summarisch mit „Courtes-Mahler“ zusammenzufassen. Es erschien ihnen unstatthaft, daß man das Werk schlecht mache, wo man doch auf „Freiplänen“ sitze! Es sollte dazu, daß besagte Damen sich hartnäckig für Bitte einer hinter ihnen sitzenden minder pompös gekleideten jungen Dame verlegten, den Hut abzunehmen, der der Hinterlassenen einen guten Teil der Leinwand verdeckte. Die beiden fühlten sich nicht zu solcher Rücksichtnahme verpflichtet, allwieweil vorne in den Logen die Hute auch nicht abgenommen wurden. Kultur! H. B.

Polizeinrichten.

In Verwahrung der Kriminalpolizei befinden sich u. a. folgende Gegenstände zweifelhafter Herkunft: Ein Lederhandwagen, dessen Räder erneuert worden sind und den ein Mann bei dem Erscheinen eines Polizeibeamten auf dem Fußwege in der Karl-Heine-Straße stehen ließ und die Flucht ergriff. — Mehrere Lederrücken in den Breiten von 10, 9,5, 8, 7,5, 6,5 Zentimeter, die in 84 Teile zerhackt sind und Anfang März im Volkshain in L.-Stütz gefunden wurden. — 44 Hanstierfelle, zugerichtet, aber ohne besondere Merkmale, die ein Arbeiter am 6. v. M. zu verkaufen versucht hat, den reellen Erwerb aber nicht nachweisen konnte. — Eine stählerne Armbanduhr mit roter 12 in einem Armband aus Leder, die ein schon wegen Diebstahls mehrfach vorbestrafter Arbeiter im Januar d. J. im Hofraume eines Hauses in der Dammstraße in L.-Schleußig gefunden haben will. — Ein aufgehängtes Röhrohr, 45 Zentimeter lang und 15 Zentimeter im Durchmesser, mit Ruffe, auf der sich die Zahl 30 und die Buchstaben F. C. S. befinden, das zwei Schulmädchen Anfang d. M. hier verkaufen wollten und im Stiche gelassen haben. — Ein großer eiserner Kinderschlitten mit gelbem Sitz, den fünf Schulknaben Ende März d. J. in der Weissenfeller Straße in L.-Plagwitz stehen gelassen haben, als ein Polizeibeamter sich ihnen näherte. — Ein langes, schmales Buch mit harten Deckeln, dessen weiße Blätter durch Perforation in zwei gleiche Teile geteilt sind, das ein Knabe zu verkaufen versucht hat. — Drei gebrauchte Damenhandtaschen, eine schwarzlederne mit Hentel, runde Form, eine violettlederne und eine aus schwarzem Nachtsch, beide länglich, die Mitte dieses Monats in Zeitungspapier eingewickelt in einem Briefkasten in der Dresdener Straße gefunden worden sind. — Die Eigentümer wollen sich baldigt bei der Kriminalabteilung melden, wo die Gegenstände während der Geschäftszeit beschlagnahmt werden können.

Abhanden gekommene Postpakete. 12 000 M. Belohnung! Es wird auf eine amtliche Bekanntmachung in diesem Blatte hingewiesen, nach der einer hiesigen Firma in der Zeit zwischen dem 1. und 20. März d. J. vor oder im Postamt Nr. 7 in der Frankfurter Straße oder auf dem Wege dahin durch den Kanstädter Steinweg und die Frankfurter Straße nach und nach eine Anzahl verpackter, wertvoller Stoffe enthaltende Postpakete abhanden gekommen, vermutlich gestohlen worden sind. Näheres ist aus der Bekanntmachung ersichtlich. Die geschädigte Firma hat 12 000 M. Belohnung ausgesetzt. Stoffproben können bei der Kriminalabteilung beschlagnahmt werden.

Frecher Schmuckstahldiebstahl! Während sich die Eigentümer einer Erdgeschosswohnung in der Alterstraße in den vorberden Zimmern aufhielten, sind aus einem nach der Rückfront des Hauses liegenden Zimmer ein goldenes, starkgebelegtes Kettenarmband, ein goldenes, dünnleibiges glattes Uhrarmband, ein goldener Brillantring und ein schmaler Goldreif mit lamellen, blauem Stein gefasst worden. Als Täter kommt ein ärmlicher Schulknabe von etwa 12 Jahren mit einer roten Schülermütze in Frage, der den Diebstahl nur durch Einsteigen durch ein offenes Fenster verübt haben kann. Sachdienliche Wahrnehmungen teile man der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache mit.

Wer kennt die Tote? Am 23. d. M., nachmittags gegen 1/2 2 Uhr, ist in der Connewitzer Waldung in der schwarzen Lache der Leichnam einer unbekanntem alten Frau aufgefunden und geborgen worden. Es liegt offenbar Selbstmord vor, und zwar kann die Tote nur ganz kurze Zeit im Wasser gelegen haben. Wiederbelebungsversuche hatten jedoch keinen Erfolg. Der Leichnam wurde nach der Anatomie gebracht. Die Tote ist etwa 70—75 Jahre alt, von mittlerer unterer Gestalt, hat dünnes, graues, glatt geschütteltes Haar und ist bekleidet u. a. mit schwarzem Tuchmantel, schwarzem Oberrock, blauarterter wollener Bluse, schwarzen Tuschschuhen mit Lederbelag und weisem, v. G. gezeichnetem Hemd. Wer Angaben über die Person der Toten zu machen vermag, wird gebeten, sich umgehend beim Polizeiamt zu P. R. VI 700/2 oder bei der nächsten Polizeiwache zu melden.

Von einer Lebensmilde zurückgelassen! Am 25. d. M. sind am Eisenrager in der Nähe der Bauernbrücke in Wahren ein rotstängiges blaues Koflium, eine grüneleibene Bluse mit schwarzem Spitzenüberzug, ein schwarzer Belouchut, schwarze, hohe Schnürschuhe, S. G. und P. U. gezeichnete weiße Talschentücher, ferner u. a. ein v. M. 23. 7. 04 gezeichnetes Trauring aufgefunden worden. Offenbar hat sich eine Lebensmilde, bevor sie den Tod im Wasser suchte, dort entleert, und ihre sämtlichen Kleidungsstücke und alles, was sie noch bei sich hatte, niedergelegt. Es können die Gegenstände bei der 34. Polizeibezirkswache beschlagnahmt werden. Wer Angaben über die Eigentümerin der Gegenstände zu machen vermag, teile dies schnellstens der Kriminalabteilung oder der bezeichneten Polizeiwache mit.

Sächliche Angelegenheiten.

Protest gegen die Milchpreiserhöhung. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit: Der Milchwirtschaftliche Landesverband Sachsen hat den Erzeugermilchpreis neuerdings deshalb beträchtlich erhöht, weil er angeblich nicht mehr im richtigen Verhältnis zu den bei den letzten Berliner Butternotierungen festgestellten Butterpreisen stehe und deshalb die Milchmilchverorgung der sächsischen Städte gefährdet sei. Die hohen Butternotierungen sind auf die Berliner Butterauktionen zurückzuführen. Dort sind auf ganz ungesunder Grundlage Ergebnisse erzielt worden, die mit den Herstellungskosten in

Konzerte. Pablo Sorozabal, ein junger spanischer Dirigent, brachte mit dem Grottrian Steinweg-Orchester außer der herrlichen E-Moll-Sinfonie von Donal und der Ouvertüre zu Don Juan d'Austria von Sitt zwei kleine neue Orchesterwerke zur Aufführung. Das erste, eine Steppenfolge von Alexander Borodin, ist ein Charakterstück, das über einfache Klänge und Kontrapunktwirkungen nicht hinauskommt. Das andere, ein spanisches Capriccio des Dirigenten, zeigt viel raffiges Temperament, mutet aber in den Einzelheiten etwas banal an. Diesen Zug trägt auch das Dirigieren des jungen Künstlers: So schwingt er große Flügel zu zeichnen versteht, so wenig gelingt es ihm, zartere Einzelheiten herauszuarbeiten, wozu die mangelnde Übung noch beiträgt. Immerhin kann sich wohl aus seinem musikalischen Temperament noch etwas entwickeln. — Im 3. Musik-Erziehungsbund des Künstlerhilfsbundes von Georg Gräuer aus Berlin für den verhanderten Herrnmann Scherchen als Vortragender eingepfungen. Er charakterisierte in allgemeinen Umrissen die Grundbegriffe der Sonatenform als Grundlage zur Kammermusik, der dieser Abend gewidmet war. Ob eine so allgemein gehaltene Darstellung musikalischer Begriffe wesentlich das Musikverständnis heben kann, ist allerdings eine Frage. Die Schwierigkeit der volkstümlichen Musikpädagogik liegt in der Auffindung einer Mitte zwischen zu sehr nur dem Fachinteresse dienenden theoretischen Vorstellungen und einer zu wenig eindringenden, zu „populären“ Art der Bildungsarbeit. Der Vortrag dieses Abends war von dem zweiten dieser beiden Extreme nicht freizusprechen. Die Solisten des Abends, Fräulein Kühner, Konzertmeister L. u. H. Solocellist G. r. o. s. c. h. und F. r. i. e. d. e. i. c. h. am an an Klavier boten der jugendlichen Zuhörerschaft recht Gutes und taten damit sicher mehr für deren Musikverständnis.

Städtische Theater. Die Intendanz weist nochmals auf die Spielplanänderung dieser Woche hin. Am Donnerstag, dem 27. April, kommt statt Byzanz als 88. Anrechtsvorstellung (2. Folge, rot) Lohengrin zur Aufführung. Die Oper Byzanz kann infolge des Unfalls des Herrn Fleischer-Janczak voraussichtlich erst am 3. Mai zur Wiederholung gelangen. Sonnabend, den 29. April:

keinem Zusammenhange mehr stehen. Das Wirtschaftsministerium hat deshalb beim Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft den dringlichen Antrag gestellt, die Butterauktionen wegen ihrer preistreibenden Wirkungen einseitig zu unterlagen.

Ueberdies können auch die Beeinträchtigungen des Milchwirtschaftlichen Landesverbandes für die Milchmilchverorgung nicht als berechtigt anerkannt werden, da nach Auskunft der größten Städte des Landes zurzeit wohl eine auf Futtermittelmangel beruhende Milchknappheit, aber keineswegs eine Gefährdung der Milchmilchverorgung vorliegt. Wirtschaftsministerium und Landespreisprüfungsstelle haben sich deshalb ausdrücklich gegen die ohne zureichenden Grund erfolgte Preisserhöhung gewandt und müssen die Verantwortung für diese Maßnahme des Milchwirtschaftlichen Landesverbandes, die immer weiteren Volksschichten den Bezug ausreichender Milchmengen für Kinder und Kranke unmöglich macht, unbedingt ablehnen.

Auch kann die Landespreisprüfungsstelle nicht aufhellen, daß eine Steigerung des Grundpreises ohne weiteres eine Erhöhung der Verdienstspannen für die molkefermige Behandlung der Milch in den Landmolkereien und für den städtischen Milchhandel infolge ihrer Bemessung nach Prozentsätzen des Milchpreises nach sich ziehen soll. Jede Erweiterung dieser Verdienstspannen wird nur nach besonderer sachlicher Prüfung als berechtigt anerkannt werden.

Dresden. Die Zahl der angemeldeten Wohnungsuchenden in Dresden beträgt jetzt über 21 000. Davon sind 6300 als dringlich vorgemerkt. Durch Bauaktivität konnten nur 40 Dauerwohnungen hergestellt werden. Die Räumungsverfahren wegen Schwarzbezugs von Wohnungen wurden in 71 Fällen durchgeführt und die dadurch freigeordneten Wohnungen vergeben.

Kochkist. Die Eröffnung der deutschen Oberkuche in Koflium erfolgte am 19. April durch den bisherigen Seminarleiter Oberstudiendirektor Professor Behmer im Beisein der Lehrkräfte des Seminars und der Realschule.

Glauchau. Der Bezirksauschuh der Amtshauptmannschaft Glauchau hat beschlossen, die am 9. April vorgenommene Gemeinderatswahl in Niederschöndorf in Folge vorerommener Verträge für ungültig zu erklären.

Geier. Die Bäder haben keine Kohlen mehr. Die hiesige Bäderinnung hat sich in zwei Schreiben an den Stadtrat gewandt, in denen um Lieferung von Kohlen ersucht wird, da in kürzester Zeit, wenn keine Abhilfe geschaffen wird, die Schließung der Bäder eintreten dürfte.

Abort u. B. Die Bismarckplatzanlage macht sich gegenwärtig im oberen Bogelände besonders fühlbar, weil die gefährlichen Aborte, durch das Hochwasser der Elster aus ihren Salzwinkelstein getrieben, nachauwärts gewandert sind und sich in den zahlreichen Leichen eingeklinkt haben, wo sie durch Graben und Wälder arge Verdrüngen und beträchtlichen Schaden anrichten. Am Ufer des Permsgräben Vorflusses wurden vergangene Woche in kurzem Zwischenraum fünf ausgewachsene Bismarckratten gefangen. Ebenfalls in Obertriebels während der Osterferien fünf Bismarckratten erlegt worden.

Bad Elster. Auf einer Fläche von etwa 50 000 Quadratmetern wurde in der Nähe unseres Badeortes durch Ausschüttung langgegener hoher Dämme eine Moorauflösungsanlage geschaffen. Die im üblichen und stlichen Bogelände gewonnene stark leistungsfähige Mooreerde wird hier durch 8—10jährige Sonnenbestrahlung, bezw. Durchfrierung einem Gär- und Sterilisationsprozeß unterworfen und durch diese großartige Behandlung wirksamer gemacht, so daß Bad Elster vor andern Moorbädern einen erheblichen Vorsprung erlangt.

Aus der Umgebung.

USP-Gemeindevorsteher im Bezirk Bucha-Borsdorf!

Sonntag, den 30. April, nachmittags 4 Uhr, findet in Bucha im Restaurant zur Quelle eine Gemeindevorsteherkonferenz der USP für den Unterbezirk Bucha statt. Tagesordnung: Die wichtigsten Aufgaben der Gemeindevorsteher. Redner: Stadtrat Genosse Paul Rehm, Brandis. An dieser Konferenz stellen die Ortsgruppenleitungen und die USP-Gemeindevorsteher u. a. der Ortsgruppen Bucha, Brandis, Borsdorf, Kauhof, Ammelshain, Buchshain, Stauditz, Gerichshain und Madern teilzunehmen. Auch die übrigen USP-Mitglieder können der Konferenz beiwohnen. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Obmann. Der Kreisvorstand.

Wiederholungsfrage. Gemeindevorsteher. Auf eine Eingabe zwecks Verbilligung der Arbeiterfahrkarten liegt eine Antwort der Eisenbahnverwaltung vor, welche besagt, daß für die nächste Zeit von einer weiteren Erhöhung der Personentarifliche Abstand genommen werden soll. Der Behauptungsplan A wird nach den Beschüssen des Bauausschusses genehmigt. Der vorgesehene Ausbau der Schlammlänge wird auf spätere Zeit verlegt. Betreffs Fortführung des Wohnungsbauwes wird nach längerer Ausföhrung des Herrn Gemeindevorstandes seitens unserer Vertreter energisch gefordert, beim Landeswohnungsamt vorstellig zu werden. Weiter wird beantragt, in Erwartung weiterer Zuschüsse, mit Hilfe von Darlehen den Wohnungsbau fortzuführen. Der Antrag findet einstimmige Annahme. Eine vorliegende Baugelösung eines Vier-Familienhauses, welche mit 5 Räumen eine Wohnfläche von 70 Quadratmeter vorieht, wird gegen die 2 Stimmen der Kommunisten genehmigt; selbige beantragten, Wohnungen aus 2 Räumen herzustellen, fanden aber kein Verständnis dafür. Der Antrag Kolbe, den Bau sofort und in eigener Regie zu beginnen, wird gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen. Der Mietpreis für die Kleinwohnungen der Gemeinde wird nach den Berechnungen des Bauausschusses auf 11 Mark festgelegt. Die von bürgerlicher Seite beantragte Anstellung von 2 Hausmännern für die Gemeindevorsteher wird von allen sozialistischen Parteien als ungelunde Miet-

71. Anrechtsvorstellung (5. Folge, blau) Der Liebhaber als Arzt und Josepholegende. Die auf diesen Tag fallende 68. Anrechtsvorstellung (3. Folge, weiß) wird auf Montag, den 1. Mai, gelegt. Zur Aufföhrung kommt Die weiße Dame.

Städtische Theater. Donnerstag, den 27. April, werden im Alton Theater zum erstenmal aufgeföhrt: Hugo von Hofmannsthal's Spiel in Bergen (2 Akte), Der Abenteuerer und die Sängerin und Ostas Wildes einaktige „Florentinische Tragödie“ in der Uebersetzung von Max Meyerfeld. Die Titelrollen des Hofmannsthal'schen Werkes spielen Ewald Schindler und Martina Otto. Außerdem wirken mit die Damen: del Sarto, Hesse, Kupler, und die Herren: Ueberer, Altschul, Reiff, Schlagerer, Walter, Jesse-Gött u. a. „Eine florentinische Tragödie“ spielen Lotbar Körner, Margarete Anton, Ewald Schindler. Beide Stöcke werden imhertent von César von Arg. Für Mitglieder des Schillervereins gelten Donnerstag, den 27. April, die Karten 5a, Dienstag, den 2. Mai, 5b, Donnerstag, den 4. Mai 5c, Sonnabend, den 6. Mai 5d, Dienstag, den 8. Mai, 5e.

Schauspielhaus. Am Sonnabend findet die letzte Aufföhrung von Strindbergs R a n d r a u t statt, und am Sonntag die letzte Aufföhrung von Franks Das Weiß auf dem Tiere. — In Vorbereitung für Sonnabend, 6. Mai, Der Teufelschüler, Komödie in drei Akten von Bernard Shaw.

Theatergemeinde Leipziger Schauspielhaus. Rückständige Konzertmarken der Jahreskarten werden zum alten Preise nur noch bis zum Ablauf des laufenden Spielabschnitts (1. Mai 1922) in Zahlung genommen. Bei allen Einlösungen, die nach dem 1. Mai erfolgen, muß der neue Preis in Anrechnung gebracht werden.

Kleines Theater. Am Sonntagabend findet im Kleinen Theater die letzte Aufföhrung von Schnitzlers R e i g e n statt.

Deutsche naturwissenschaftliche Gesellschaft in der städtischen 24. und Fortbildungsschule, Schleierstraße 10. Freitag, den 28. April, abends 7 Uhr, Vortrag von Dr. P o p i h: Aus der Geschichte der Seuchen. Gäste willkommen.

Vorteilhaftes Angebot

aus unserer

Haushalt-Abteilung

Glas

Bierkrüge optisch	23.50	19 ⁰⁰
Bierbecher mit Goldrand ¼ l.		13 ⁵⁰
Bierbecher mit Mattband	5.75 5.50	5 ²⁵
Wasserflaschen mit Stöpsel	8.50	7 ²⁵
Sturzflaschen mit Glas	20.00 17.00	14 ⁵⁰
Teegläser glatt		4 ⁰⁰
Bonbongläser		15 ⁵⁰
Zuckerschalen	3.75	2 ⁸⁵
Schüssel gepreßt	7.75 4.75	4 ⁰⁰
Aschenbecher	5.75 4.50	4 ⁰⁰
Weingläser optisch, 3 Reifel		19 ⁵⁰

Nickelwaren

Menage 2-teilig	16.00	15 ⁵⁰
Menage 8-teilig	40.00 38.00	35 ⁰⁰
Eierbecher	13.00	8 ²⁵
Tee-Eier		8 ²⁵
Ausguß-Korken	Stück 17.50	16 ⁵⁰
Brotkorb	43.00	40 ⁰⁰
Teeglashalter Spirale	23.00	20 ⁰⁰
Likörbecher Messing, vernickelt		53 ⁰⁰
Deckelhalter mit Tropfenfänger	3.25	2 ⁷⁵
Tortenplatte mit Einlage		135 ⁰⁰
Salzstreuer	3.00 2.50	1 ⁵⁰
Eierservice komplett		98 ⁰⁰

Emaile

Stielkasserolle grau, 10 cm		6 ⁷⁵
22 cm 14.00, 20 cm 11.50, 18 cm 9.25		
Bratpfanne 20 cm		13 ⁰⁰
Milchtopf mit Deckel, gebauht	14.25	11 ²⁵
Milchkrug mit Bügel	2 ½ l 2 l 1 ½ l 1 l	22.50 18.75 16.50 12.75
Essenträger 20 cm		20 ⁵⁰
Durchschlag 22 cm 19.50 20 cm 16.00 14 cm		12 ⁷⁵
Kartoffelkocher Einsatz 24 cm 33.00 22 cm		30 ⁰⁰
Reibeisen		4 ⁵⁰
Flaschenrichter 15cm 4.50 14cm 4.00 13cm		3 ⁵⁰
Kehrschaukel grau		10 ⁵⁰
Wanne oval, verzinkt, 58 cm 105.00 52 cm		90 ⁰⁰
Eimer verzinkt 32 cm 49.50 28 cm		42 ⁵⁰

Bürstenwaren

Möbelbürsten	42.00 25.50 21.50	14 ⁵⁰
Möbelpinsel	12.50 9.00 8.25	6 ²⁵
Spülbürsten	8.50 7.00 5.50	4 ⁸⁰
Handwaschbürsten	7.25 6.50 4.25 3.50	2 ⁸⁵
Topfbesen		2 ⁵⁰
Schrubber	20.00 14.50 13.50	8 ²⁵
Roßhaarbesen	95.00 88.00 77.00	68 ⁰⁰
Schmuhbürsten	8.50 7.75	6 ⁷⁵
Scheuerbürsten	8.50 5.65	3 ⁶⁵
Auftragbürsten	5.00 4.00 3.25	2 ⁵⁰

Porzellan

Dessert-Teller weiß, 17 cm		5 ²⁵
Teller weiß, 28 cm, flach		7 ⁷⁵
Teller weiß, 26 cm, flach		9 ⁵⁰
Tasse mit Untertasse, weiß		9 ⁵⁰
Oberlässe weiß		3 ⁵⁰
Kinderbecher mit Bildern	3.75	3 ⁵⁰
Tasse mit Untertasse, dekoriert	11.00	10 ⁵⁰
Abendbroteller dekoriert	10.50	9 ⁵⁰
Felddosen mit Bild		18 ⁵⁰
Kaffeesevice dekoriert, 5-teilig		68 ⁰⁰
Kaffeesevice dekoriert, 9-teilig	195.00	175 ⁰⁰

Aluminium

Schmortöpfe mit Deckel, Satz 10-24 cm		320 ⁰⁰
Maschinenöpfe 8 cm	13 ⁵⁰	7 cm 8 ⁵⁰
Maschinenöpfe 10 cm	18 ⁷⁵	9 cm 15 ²⁵
Stahlkasserolle 10 cm		30 ⁰⁰
Milchkocher 12 cm		54 ⁰⁰
Kaffeetrichter Melitta 12 cm		60 ⁰⁰
Essenträger 2-teilig		30 ⁰⁰
Reibeisen		22 ⁵⁰
Schöpflöffel 10 cm		13 ⁵⁰
Tee-Eier		7 ⁰⁰
Trinkbecher 7 cm		4 ²⁵

Weißblech- und Lackierwaren

Waffelbäckerei	9.50	8 ⁷⁵
Deckelhalter lackiert		5 ⁹⁰
Bürstenblech lackiert		37 ⁵⁰
Kaffee- u. Zuckerbüchse lackiert, St.		5 ⁷⁵
Brotkorb lackiert	13.50	11 ²⁵
Sand-Seife-Soda-Garnitur	45.00	39 ⁰⁰
Kehrschaukel schwarz		16 ⁵⁰
Gemüsehobel		4 ⁵⁰
Gartengießkanne lackiert	52.00	47 ⁰⁰
Blumengießkanne	41.00 35.00 33.00	26 ⁵⁰
Springform Schwarzblech	6.25 5.50 5.25	3 ⁸⁵
Kartoffelpresse extra groß, prima verzinkt		25 ⁰⁰

Putzmittel

Kernseife Doppelstück ca. 250 gr		8 ⁵⁰
Kernseife ½-Kilo-Riegel		19 ⁵⁰
Kernseife 1-Kilo-Riegel		39 ⁰⁰
Sunlicht-Seife Doppelstück, ca. 250 gr		11 ⁰⁰
Schmierseife weiß u. gelb goldbr. 1-Pf.-Pak.		17 ⁵⁰
Schmierseife gelb 1-Pf.-Paket		16 ⁵⁰
Waschpulver „Geon“ ca. 15% Fettgehalt		2 ⁷⁵
Waschpulver „Schwan“ Dr. Thomson, ca. 10% Fettgehalt		5 ⁰⁰
Waschpulver „Porzil“		8 ⁰⁰
Schuhcreme „Fridoll“		1 ¹⁰
Schuhcreme „Erdal Grünfrosch“		3 ²⁵

Steingut

Teller glatt, tief und flach		4 ⁰⁰
Salzschüssel 6-teilig, weiß		31 ⁰⁰
Salzschüssel 6-teilig, bunt		39 ⁰⁰
Saucière weiß		14 ⁵⁰
Kompottschüssel rund, weiß		3 ⁵⁰
Salz- u. Mehlmeste creme	Stück	12 ⁵⁰
Milchkrug bunt		23 ⁰⁰
Trinktopf bunt	4.30	3 ⁵⁰
Oberlässe „Stuttgart“, weiß		1 ³⁰
Oberlässe „Stuttgart“, bunt		2 ⁵⁰
Waschkrug bunt	54.00	37 ⁵⁰
Waschbecken bunt	64.00, 51.00	40 ⁰⁰
Nachtgeschirr weiß	13.25	10 ⁷⁵

Stahlwaren

Besteck schwarz	Paar 29.50	24 ⁰⁰
Besteck echt Ebenholz, P. 93.00 75.00 62.00		51 ⁰⁰
Besteck vernickelt	Paar	54 ⁰⁰
Eßlöffel Rein-Aluminium		3 ⁷⁵
Eßlöffel „Durania“		13 ⁷⁵
Eßlöffel „Britannia“		17 ⁵⁰
Kaffeelöffel Rein-Aluminium		2 ⁵⁰
Kaffeelöffel „Durania“		9 ⁰⁰
Kaffeelöffel „Britannia“		11 ⁵⁰
Eßgabel Rein-Aluminium		3 ⁷⁵
Eßgabel „Durania“		13 ⁷⁵
Eßgabel „Britannia“		17 ⁵⁰
Salatbesteck Horn	113.00 83.00	63 ⁰⁰
Salatbesteck Buckebaum		65 ⁰⁰
Salatbesteck Holz		46 ⁰⁰
Kudengabel	24.00	17 ⁰⁰
Tortenheber	70.00 54.00	41 ⁵⁰

Maschinen

Brotschneidemaschine „Martha“		75 ⁰⁰
Brotschneidemaschine Rundmesser		118 ⁰⁰
Fruchtpresse emailliert		118 ⁰⁰
Waffeleisen Gußeisen	27.75	25 ⁷⁵
Laufgewichtswage 15 kg		250 ⁰⁰
Tafelwage weiß, mit Alabaster-Platte		285 ⁰⁰
Spirituskocher „Moha“	115.00	90 ⁰⁰
Messerschleifmaschine	23.00	19 ⁰⁰
Elektr. Koditopf Alumin. 11 m. Zul. 1/2 l	110 ⁰⁰	88 ⁰⁰
Elektr. Bügeleisen vernickelt mit Zul.		185 ⁰⁰
Wandkaffeemühlen		125 ⁰⁰

Holzwaren

Quirlgarnitur 6-teilig		23 ⁰⁰
Waschbrett mit prima Einlage		33 ⁰⁰
Wäscheklammern prima	Schock	6 ⁸⁵
Blumenkasten grün gestrichen, 90 cm		22 ⁰⁰
Aermelpfältbrett prima Bezug		39 ⁵⁰
Kleiderbügel	Stück	1 ⁴⁰
Kleiderbügel mit Steg	Stück	2 ²⁰
Kleiderbügel mit Hosenstrecker	Stück	15 ²⁵

ALTHOFF